

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER



Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en

Weil Wohlstand allen Menschen zusteht!

Bei der Nationalratswahl am 15. Oktober geht es darum, wer die nächsten fünf Jahre in Österreich politisch den Ton angibt. Das wiederum hat massive Auswirkungen für Millionen Menschen in Österreich. Denn zur Wahl stehen unterschiedliche politische Konzepte, ob und wie gesellschaftlicher Reichtum bei allen Menschen ankommt.

Noch vor allen anderen Parteien hat die SPÖ mit ihrem Wahlprogramm, dem Plan A, klar definiert, wofür sie inhaltlich steht und was sie die nächsten Jahre erreichen möchte. Der im Jänner bereits präsentierte Plan A bildete die Grundlage für das Wahlprogramm. Ergänzt wurde es um Visionen und Schwerpunkte, die Genossinnen und Genossen in ganz Österreich eingebracht haben. SPÖ-Vorsitzender und -Spitzenkandidat für die Nationalratswahl, Bundeskanzler Christian Kern, hat seinen damit verbundenen persönlichen politischen Anspruch beim SPÖ-Bundesparteirat auf den Punkt gebracht: „Es geht um die Frage, wie machen wir Österreich erfolgreich und wer profitiert davon. [...] Ich kämpfe jeden Tag dafür, dass vom Aufschwung alle in diesem Land profitieren und nicht nur einige wenige.“

Veränderung mit Verantwortung

In der Krise gab es acht Jahre Einkommensverluste und steigende Arbeitslosigkeit. Nun geht es ökonomisch wieder bergauf. Die SPÖ unter Christian Kern setzt sich dafür ein, dass alle Menschen gerechten Anteil am Wohlstand Österreichs haben. Entscheidend dafür ist, dass diejenigen, die arbeiten, niedriger besteuert werden und die, die es sich leisten können, einen gerechten Beitrag zahlen. Die Digitalisierung macht neue Formen der Finanzierung des Sozial- und Wohlfahrtsstaates notwendig (Stichwort Wertschöpfungsabgabe bzw.

„Robotersteuer“). Der Ausbau ganztägiger Betreuungs- und Schulangebote, die Aufwertung der Lehre, Maßnahmen für echte halbe-halbe zwischen Männern und Frauen, sichere Pensionen sowie gerecht finanzierte und für alle leistbare Pflege sind weitere Eckpunkte des SPÖ-Wahlprogramms (*ein Überblick findet sich auf Seite 20 dieser Ausgabe*). Auch wenn viel über

Wahl erschwert. Was eine Koalition von Kurz und Strache bedeuten könnte, lässt sich an der erschreckenden Bilanz zwischen 2000 und 2006 ablesen: Rekordarbeitslosigkeit, Privatisierungen sowie eine groß angelegte Umverteilung von unten nach oben. Immerhin in der Wirtschafts- und Korruptions-Staatsanwaltschaft und der Juristerei wurden damals durch einige mutmaßliche Korruptionsfälle Arbeitsplätze gesichert. Die SPÖ unter Christian Kern steht für Veränderung mit Verantwortung im Sinne der hart arbeitenden Menschen in Österreich, während Schwarz-

Programms veröffentlicht, Anm.) – passen gut zusammen. Sie bedeuten jeweils einen Frontalangriff auf den Sozial- und Wohlfahrtsstaat im Allgemeinen sowie auf Werk-tätige und in Armut lebende Menschen im Besonderen. Herausgekommen sind Angriffe auf Normal- und NiedrigverdienerInnen. Der Sozialstaat soll abgebaut werden, Ausgaben für Gesundheit, Soziales und Bildung reduziert werden. Im Gegenzug kämpfen beide bürgerliche Parteien für Steuererleichterungen für GroßverdienerInnen und UnternehmerInnen.

Am 15. Oktober SPÖ wählen!

Den Tendenzen politischer Gegner, „Bewegungen“ von oben auszurufen, erteilte Kern in diesem Wahlkampf bereits mehrmals eine klare Absage – „aus tiefster Überzeugung“. Christian Kern ist stolz, Vorsitzender einer Partei zu sein, die seit über 128 Jahren als Spitze einer Bewegung für eine gerechte Gesellschaft kämpft und auf diesem Weg bereits einige Erfolge durchsetzen konnte. Darauf können wir alle stolz sein. Es gibt also Gründe genug, gemeinsam mit der SPÖ für einen Wahlsieg am 15. Oktober zu kämpfen. ■



BMin Pamela Rendi-Wagner, BK Christian Kern und BGF Georg Niedermühlbichler bei der Präsentation der ersten Plakatwelle vor der Bundesgeschäftsstelle in der Löwelstraße.

den SPÖ-Wahlspruch „Hol dir, was dir zusteht!“ diskutiert wurde: Es bringt das sozialdemokratische Kernanliegen der Verteilungsgerechtigkeit auf den Punkt.

Die Durchsetzung sozialdemokratischer Forderungen, von denen viele nicht-privilegierte gesellschaftliche Gruppen profitieren, kann ein wichtiges Argument darstellen, SympathisantInnen wie Unentschlossene am 15. Oktober zu mobilisieren. Ein weiteres wichtiges Argument ist mit Sicherheit, dass jede Stimme für die SPÖ eine schwarz-blaue Allianz nach der

Blau ein Projekt der ökonomischen Eliten darstellt. Die Spendenliste der ÖVP, auf der sich zahlreiche Wirtschaftstreibernde und reiche Gönner finden, spricht hier eine klare Sprache.

Gleich und gleich...

...gesellt sich gern. Im Jahre 2017 von einem schwarz-blauen Gespenst zu sprechen, das umgehe, grenzt bei dieser Wahlauseinandersetzung wohl an eine Untertreibung. Die Programme von ÖVP und FPÖ – oder präziser: was bisher davon bekannt ist (*zu Redaktionsschluss wurde nur das erste Drittel des ÖVP-*

Statements auf Seite 10 und 11

Im Blattinneren finden sich Statements sozialdemokratischer Regierungsmitglieder, allen voran von Christian Kern, sowie von Nationalratspräsidentin Doris Bures, von Klubobmann Andreas Schieder und von Bundesgeschäftsführer Georg Niedermühlbichler.

SPÖ / Astrid Knie



Du bist bei den Freiheitskämpfer/innen?

Weshalb, warum, wozu Mitglied bei unserem Bund sein, sich politisch engagieren oder generell wählen gehen? Den folgenden Beitrag hat uns eine Genossin aus Stockerau übermittelt.

„Du bist bei den Freiheitskämpfern?“, fragte mich kürzlich ein guter Bekannter, „wieso eigentlich?“ Ohne nachzudenken erwiderte ich: „Aus Überzeugung. Weil ich zutiefst davon überzeugt bin, dass es wichtig und richtig



Massendemonstration für die Ausweitung des Wahlrechts: Zehntausende demonstrieren am 19. November 1905 vor dem Parlament für die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts

ist.“ Mein Gegenüber schüttelte den Kopf: „Das ist doch nicht mehr zeitgemäß. Ein Haufen ‚Ewiggestriger‘, die diesem Kampfabzeichen mit den drei Pfeilen nachlaufen. Was kann ein vernünftiger Mensch denn heute noch damit anfangen?“

„Viel“, entgegnete ich, „sehr viel!“ Wir leben doch in einer Gesellschaft, in der Freiheit das höchste Gut ist. Diese Freiheit ist nicht selbstverständlich. Du musst gar nicht weit suchen – nur wenige hundert Kilometer Luftlinie und du glaubst, du bist in einer anderen Welt. Wenn man allerdings genau hinschaut, findet man auch bei uns schon das eine oder andere Anzeichen für Einschränkungen unserer Freiheit. Manipulation und Restriktionen. Wehret den Anfängen, kann ich da nur sagen! Allein wenn ich mir die mediale Berichterstattung ansehe. Ich habe ja nicht die Möglichkeit, den Wahrheitsgehalt jedes Zeitungsartikels zu überprüfen. Wenn es sich um etwas handelt, bei dem ich mich auskenne, dann natürlich schon. Und da habe ich schon oft erleben müssen, dass die Wahrheit verdreht wird – bewusst oder unbewusst. Dass Worte so gewählt werden, dass sie dopsinnig verstanden werden können oder gleich eine ganz andere Bedeutung bekommen.

Da steigen einem die berühmten Grausbirnen auf.

Für mich habe ich daher beschlossen, dagegen aufzutreten und in den Bereichen, wo ich etwas beeinflussen kann, das Wort dafür zu ergreifen, dass Werte wie Freiheit, Gleichheit und Solidarität ihre wahre Bedeutung nicht verlieren. Dazu gehört auch heute noch zumindest fallweise der Mut Widerstand zu leisten, wo es notwendig ist – „und dafür, mein Lieber, dafür stehen die drei Pfeile, sie sind ein sehr starkes Symbol des Widerstandes“, habe ich gesagt.

Nachdenklich betrachtete mich mein Gesprächspartner: „So habe ich das noch nie betrachtet; aber vielleicht hast du Recht und man sollte sich wirklich mehr mit diesen Themen beschäftigen. Es kommen ja Wahlen im Oktober – und eigentlich habe ich mir gedacht, ich werde da gar nicht hingehen. Auf meine Stimme kommt es ohnedies nicht an und außerdem – wem kann man denn noch sein Vertrauen schenken und seine Stimme geben?“

„Also das ist doch ausgemachter

Unsinn! Nicht wählen zu gehen ist der größte Fehler, den du machen kannst. Natürlich kann man sich auf den Standpunkt stellen, dass keine Meinung zu haben auch eine Meinung sei. Nur, wer hat etwas davon, wenn du das nicht ausdrückst? Unsere Vorfahren haben für ihr Wahlrecht, ihr Recht auf Mitbestimmung, gekämpft. Wir haben heute alle Möglichkeiten und wollen gar nicht hingehen? Das Wahlrecht ist keine Pflicht – es ist ein schwer erkämpftes Recht. Und ein Recht, das man nicht ausübt, wird einem weggenommen. Also versprich mir, du gehst am 15. Oktober zur Wahl. Wen du wählst, ist natürlich – in einem freien Land wie Österreich – dein Geheimnis, aber viele Alternativen sehe ich nicht. Auch deshalb bin ich bei den Freiheitskämpfern.“

„Hm, ich denke darüber nach. Wahrscheinlich ist es schon so, dass man nicht zuerst für etwas kämpft, und dann – nicht einmal hundert Jahre später – alles vergisst. Ich habe aber auch noch nie daran gedacht, dass unsere Freiheit so leicht eingeschränkt werden könnte und dass deswegen Mitbestimmung so wichtig ist.“

Was wir sonst noch so tun

Ein großer Teil der Arbeit unserer Funktionärinnen und Funktionäre geschieht im Stillen und findet nur selten den Weg in die Öffentlichkeit – auch in den „Kämpfer“. Über zwei kleine, oder auch nicht so kleine Dinge soll hier kurz berichtet werden.

Am 14. Juli fand auf dem Wiener Zentralfriedhof (Gruppe 41G) die Gedenkfeier für die Opfer des Justizpalastbrandes statt. Zwei der drei Säulen des Mahnmals für die Opfer des 15. und 16. Juli 1927 tragen die Namen von 66 Toten, im Rasen befinden sich 66 kleine Grabsteine mit den Namen und Lebensdaten der Toten. Vor einem Jahr bemerkten wir, dass die Schrift weitgehend verblasst und unlesbar war. Spätestens für den kommenden 90. Jahrestag

war eine Renovierung nötig. Gesagt getan. Bundesvorsitzender Johannes Schwantner führte 2016 Gespräche mit der Friedhofsverwaltung, die eine rechtzeitige Sanierung zusicherte. Bereits im Juni 2017 war das Mahnmal in einem würdigen Zustand, wovon sich die TeilnehmerInnen an der Gedenkkundgebung überzeugen konnten.

In Ausgabe 2/2107 rezensierte Genosse Michl-Atzmüller die Biografie über Josef Anton

Baldermann, der am 29. Juli 1941 von der Gestapo in Wien verhaftet und am 2. März 1943 in Berlin-Plötzensee enthauptet wurde. Am Rande eines privaten Berlin-Aufenthalts besuchte Gerald Netzl die Gedenkstätte Plötzensee. In den 12 Jahren des braunen Terrors töteten die Nazis dort über 2.891 Menschen. Vor Ort kann die Besucherin / der Besucher auf Bildschirmen nach Opfern suchen. Man findet die Namen und Geburts- und Sterbedaten, oft auch ein Porträt der Person, nach Nationen geordnet. Von Josef Anton Baldermann, einem der 90 ÖsterreicherInnen, gab es kein Bild. Sein Sohn, Josef

Richard Baldermann, übermittelte unserem Sekretariat ein Foto des Vaters, welches wir nach Berlin mailten, damit dieses in der Präsentation ergänzt wird. Eine Lücke wurde geschlossen.

Das sind nur zwei Beispiele von vielen kleinen und größeren Dingen, Hilfestellungen, Aktivitäten unseres Bundes. Ob es das war, was Otto Bauer einst „revolutionäre Kleinarbeit“ nannte? Die Redaktion freut sich über Mitteilung ähnlicher Aktivitäten, damit wir sie zur Dokumentation und auch als Anregung zum Nachmachen veröffentlichen können.



Seminarreise nach Krakau und Auschwitz-Birkenau

Die ARGE der NS-Opferverbände hat für ihre Vorstandsmitglieder eine Reise in die Gedenkstätte Auschwitz Birkenau ausgeschrieben. Annemarie Hopfgartner hat an der Bildungsreise teilgenommen und einen Bericht für unsere Zeitung verfasst.

Für die TeilnehmerInnen begann diese Woche am Sonntag mit einer Studienführung durch Krakau und das Jüdische Viertel Kazimierz. Wir besuchten den Remuh Friedhof, die Tempel-Synagoge und das ehemalige Ghetto-Gelände Podgorze. Unter der fachkundigen Führung von Anna Kiesell wurde uns so die Vergangenheit von Krakau nahegebracht. Im Jüdischen Museum Galizien waren wir zu einem historischen Vortrag über die Geschichte der Krakauer Juden eingeladen. Am Montag begannen die Vorlesungen in den Seminarräumen der Gedenkstätte. Es waren sehr interessante Themen am Stundenplan: etwa „Polen unter deutscher Besatzung“, „Anfangsphase der Vernichtung der Juden“ oder „Lagermannschaft im KZ Auschwitz-Birkenau“.

Die hervorragenden und einflussreichen Vortragenden der Gedenkstätte führten uns durch

das Gelände im Stammlager. So besuchten wir die Villa und den Garten des ehemaligen Lagerkommandanten und staunten, wie nahe Schönes und Tod in dieser schrecklichen Zeit lagen. Für den Besuch im ehemaligen Lager Auschwitz II Birkenau begann unsere Tour an der alten Rampe. So gingen wir den Weg, den die Gefangenen vor langer Zeit nehmen mussten. Die weitläufige Anlage, die Rampe mit dem Waggon, die Krankenbaracken, die Überreste der gesprengten Krematorien: Es berührte mich sehr. In Glasvitruinen sahen wir die Gegenstände, die bei der Aufbereitung für das Museum aufgefunden wurden. Neben dem Stammlager I und II gab es noch Lager III-Monowitz. Die I.G. Farben Industrie AG hat hier ein Werk gebaut. Im heutigen Monowitz sind die Spuren der Vergangenheit fast verschwunden.

Ein wichtiger Part für die Teil-

nehmerInnen unseres Seminars waren die Gespräche waren die Besuche nichtöffentlicher Teile der Gedenkstätte.“ Uns wurden die Unterlagen des Archivs gezeigt, wo wir Einblicke in die Tätigkeiten der Schreibstuben und deren Organisation erhielten. Der Besuch der Konservierungswerkstatt zeigte die vielfältigen Aufgaben mit denen die MitarbeiterInnen hier konfrontiert sind: Stoffe, Werkzeuge, Briefe, Koffer, Schuhe, alles eine Herausforderung zwischen Bewahren und Musealisieren. Wir besuchten die Überreste der Infrastruktur des Lagers Auschwitz und deren Nebenlager u.a. Harmense und Budy sowie den Erholungsort der SS-Männer der Lagermannschaft. Neben den Vorträgen stand der Besuch der Synagoge in Oswiecim auf dem Programm, wo wir einen guten Vortrag über die jüdische Gemeinde von heute erhielten.

In dieser Woche wurden wir

von allen Vortragenden mit den verschiedenen Themen der Gedenkarbeit vertraut gemacht. Frau Halina Jastrzebska brachte einen ausführlichen Vortrag über „Österreicher im KL Auschwitz“, Frau Ewa Pastrak brachte uns „das Schicksal von nach Auschwitz deportierten Einzelpersonen“ nahe. Über „die Tätigkeit des Internationalen Bildungszentrum über Auschwitz und den Holocaust“ informierte uns der Direktor Kacorzyk. Er und sein hervorragendes Team leisten tolle Arbeit, sie standen stets für unsere Fragen zur Verfügung.

Diese Woche war für mich eine sehr berührende. Die Aspekte der Aufarbeitung des Holocaust wurden auf unterschiedlichen Ebenen aufgezeigt. Es war nicht mein erster Aufenthalt in der Gedenkstätte, aber durch die unterschiedlichen TeilnehmerInnen ein sehr gelungener. ■

Wir gratulieren: Juli bis September 2017

98. Geburtstag: Scholz Gertrude, Graz; Heidmeier Franz, Wolkersdorf; **97. Geburtstag:** Weiss Franz, Steyr; **96. Geburtstag:** Klammerth Horst, Wondratsch Hildegard, Wien; **95. Geburtstag:** Kaplan Johann, Kölnberger Walther, Wien; **94. Geburtstag:** Quast Elfrieda, Gmünd; Berger Rosa, Salzburg; Reiss Annemarie, Wien; **93. Geburtstag:** Rotpart Theresia, Linz; Janecek Margarete, Wiener Neustadt; Kronewitter Wilhelm, Zell am See; **92. Geburtstag:** Ehmman Franz, Haid; Spevak Anna, Krenn Erika, Wien; **91. Geburtstag:** Maier Raimund, Graz; Foidl Jakob, Linz; Rechnitzer Hilda, Purkersdorf; Fenninger Margaretha, Guth Johann, Packert Walter, Cettl Hedwig, Wien; **90. Geburtstag:** Reinwein Ernst, Krems an der Donau; Grasser Edmund, Friedl Ernst, Wien; Balcar Herbert, Wiener Neustadt; **85. Geburtstag:** Doleys Anton, Achau; Meerkatz Franz, Hohe Wand-Stollhof; Lindner Herbert, Mannswörth; Jappel Leopold, Schachter Herbert, Novotny Herta, Wien; **80. Geburtstag:** Huber Werner, Forchtenstein; Schrupfer August, Graz; Kuba Heinz, Mistelbach; Jicha Gertrude, Neufeld/Leitha; Grünwald Oskar, Reinisch Alfred, Huber Therese, Mascha Cornelia, Zillner Margarethe, Wien; **75. Geburtstag:** Böheimer Julius, Baden; Pöchhacker Kurt, Gaming; Stefanits Günther, Hornstein; Herrmann Siegfried, Lafnitz; Schmachtl Martha, Hubert Anna, Linz; Gatterwe Helmut, Antl Leopold, Stockerau; Paulus-Niederreiter Eva, Katz Wilhelm, Mark Antonia, Schierer Alfred, Mottinger Rosa, Krieger Anita, Novak Norbert, Brunner Wolfgang, Fleischmann Alfred, Galambos Reinhard, Seiferd Helmut, Meier Manfred, Schiller Erna, Lacina Karl, Wien.



Bildungsfahrt nach Mauthausen

Am Montag, den 26. Juni, begaben sich 60 SchülerInnen, des Polytechnikums Ober-Grafendorf/Kirchberg, auf eine besondere Reise. Unter der Leitung von Dir. Alfred Bruckner und Organisator VzBgm a.D. Helmuth Lawitz wurde die Gedenkstätte Mauthausen besucht. Und obwohl – verständlicherweise – in den Köpfen der meisten Jugendlichen in ihrer letzten Schulwoche andere Dinge Vorrang hatten, ging dieser Tag an niemandem einfach so vorbei. Den Gräueltaten des NS-Regimes so nahe zu begegnen, hinterlässt Spuren, aber auch

Fragen. Diese wurden in einer schulischen Nachbearbeitung von den LehrerInnen Brigitte Glaser, Wolfgang Steindl, Gerhard Lengauer, Günther Steindl und Julia Leichtfried in den darauffolgenden Tagen beantwortet und aufgearbeitet.

Besonders hervorzuheben ist an dieser Stelle der „Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen“, welcher die Organisation dieser Veranstaltung übernahm und auch in Zukunft übernehmen wird. Ebenso erwähnt sei das finanzielle Engagement sämtlicher SPÖ-Orts-



Die niederösterreichischen Freiheitskämpfer/innen organisieren seit Jahrzehnten Bildungsfahrten mit SchülerInnen des Polytechnikums und mit Lehrlingen. Heuer beteiligten sich erstmals zehn Schulen

gruppen aus dem Pielachtal. Ein besonderer Dank gilt den Vortragenden vor Ort, Waltraud Eberharter und Ulrike Springer, welche die Geschichte an diesem Tag lebendig machten,

denn nur wer die Geschichte kennt, kann die Gegenwart verstehen und die Zukunft gestalten. Dies gilt besonders für die Jugend, unser aller Zukunft. Michael Kern

Dikh He Na Bister! Schau und vergiss nicht!

Zum dritten Mal hat am 2. August am Ceija-Stojka-Platz in Wien eine Erinnerungsveranstaltung zum europäischen Roma-Gedenktag stattgefunden. Der Tag, der an die sogenannte „Zigeunernacht“ vom 2. auf den 3. August 1944 erinnert, ist in Österreich kaum bekannt und nicht offiziell anerkannt. In dieser Nacht wurden fast 3.000 Angehörige dieser Minderheit in Auschwitz-Birkenau ermordet. Roma-VertreterInnen haben deshalb zum wiederholten Mal von der Bundesregierung gefordert, sich für eine Anerkennung stark zu machen und einen offiziellen Gedenkort in Österreich zu schaffen.

Im Jahre 1944 wurden in der sogenannten „Zigeunernacht“ vom 2. auf den 3. August 2.897 Roma und Sinti – Männer, Frauen und Kinder – in den Gaskammern von Auschwitz-Birkenau ermordet. An diesem Tag erinnern wir uns an eine halbe Million Roma und Sinti, die während des Nationalsozialismus aus rassistischen Motiven verfolgt und ermordet wurden. Im April 2015 wurde der 2. August vom EU-Parlament und vom Europarat als „European Roma Holocaust Memorial Day“ anerkannt. Vor allem die Roma Genocide Remembrance Initiative – mit Unterstützung zahlreicher Roma-Or-

ganisationen aus ganz Europa – spielte eine große Rolle im Kampf für die Anerkennung dieses historischen Tages.

In den Reden der Nachfahren im Nationalsozialismus verfolgter Roma und Juden zum Gedenktag stehen die persönlichen Familiengeschichten sowie die Gedenkkultur im Mittelpunkt. József Forgács, ungarischer Rom und Überlebender des Völkermordes erzählte über sein Leben und richtet seine Worte an die junge Generation. BesucherInnen hatten die Möglichkeit, sich im Rahmen eines Gedenkaktes persönlich zu beteiligen.



Irina Spataru/Montage: Samuel Magos

Die Ausstellung „OPRE HEROES (übers.: erhebt euch, HeldInnen) – the time is now“ zeigte im Anschluss an die Veranstaltung junge Roma-AktivistInnen, die sich Rechte ihrer Volksgruppe einsetzen

Riga: Gedenken an die Wiener Opfer des Holocaust

Eine Wiener Delegation unter der Leitung von Peter Florianschütz (Vorsitzender des Gemeinderatsausschusses für Europa und Internationales und Koordinator des Monitoring-Komitees gegen Antisemitismus des Wiener Gemeinderates), Shams Asadi (Menschenrechtsbeauftragter der Stadt) und Silvia Friedrich (Stellv. Gruppenleiterin der MD-Europa und Internationales) besuchten von 3. bis 6. Juli 2017 Riga. Im Zuge der zweiten gemeinsamen Gedenk- und Erinnerungsreise der Mitgliedstädte des Deutschen Riga-

Komitees vertrat die Delegation bei den offiziellen Gedenkveranstaltungen des lettischen Holocaust-Gedenktages die Stadt Wien.

Zwischen November 1941 und Februar 1942 wurden über 4000 Jüdinnen und Juden aus Wien nach Riga deportiert, im Wald von Bikernieki erschossen oder sie starben an den grauvollen Bedingungen des Rigaer Ghettos. Mit dem Projekt „Steine für Bikernieki“, das im Rahmen des Geschichtsunterrichts an der AHS in Wien 19, Gymnasiumstraße, von



S. Friedrich/Stadt Wien/MD

Die Wiener Delegation in Riga bei der Gedenkveranstaltung

den 7. Klassen entwickelt wurde, konnte nach aufwendigen Recherchen der SchülerInnen das Leben zweier Absolventen der Schule, die nach Riga deportiert und ermordet wurden, dokumentiert werden. Zwei Schüler dieser Schule, Matthias Cantini und Luka Doneus reisten nach

Riga mit. Sie legten Steine, die sie in Wien auf dem Schulweg der damaligen Schüler gesammelt hatten am Gedenkstein für die Wiener Opfer nieder und gedachten gemeinsam mit den TeilnehmerInnen der Delegationen aller Opfer des Nationalsozialismus.



Antifaschistische Bildungsreise nach Kärnten

Ziel der diesjährigen Bildungsreise der ARGE NS-Opferverbände war an der Gedenkfeier am 10. Juni 2017 des „Mauthausenkomitee Kärnten/Koroška“ teilzunehmen. Ein Bericht von Ali Kohlbacher.

Die KZ-Häftlinge vieler Nationen wurden hier von der SS gezwungen, unter unmenschlichen Arbeitsbedingungen den Loibl-Tunnel für den Nachschub der Hitlertruppen nach den besetzten Balkanländern zu graben. Viele fanden dabei den Tod. Die internationale Gedenkumgebung sollte vor allem auch als Mahnung vor rassistischer Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus verstanden werden. Der Historiker Prof. Peter Gstettner, Obmann des Mauthausenkomitees Kärnten/Koroška beklagte in seiner Rede, dass noch immer ein würdiges Mahnmal fehle, „das vor der möglichen Wiederkehr des nationalistischen, rassistischen und antisemitischen Furors warnt.“

Vor der Kundgebung legten unter anderem Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser, Delegationen aus Slowenien, Frankreich und

Polen sowie die TeilnehmerInnen der antifaschistischen Bildungsreise am Tunneleingang Kränze nieder.

Bei der Gedenkfeier am ehemaligen Appellplatz sagte Landeshauptmann Kaiser: „Engagement für die Demokratie ist der einzig wirkliche Dank an jene, die damals bereit waren, ihr Leben gegen die Barbarei einzusetzen.“ Der Schriftsteller Alois Hotschnig ermunterte dazu, Ausgrenzung und Absonderung von Menschen schon in Ansätzen zu erkennen und dagegen die Initiative zu ergreifen. Denn heute werde schon wieder daran gedacht, Grenzen dicht zu machen und neue Mauern zu errichten.

Am Vortag hatten die TeilnehmerInnen der Bildungsreise Gelegenheit, in Völkermarkt beim Partisanendenkmal mit Milan



L.P.D./Peter Just

Zur Gedenkveranstaltung am Loiblpass waren auch heuer wieder viele Gäste aus dem In- und Ausland sowie die Spitze der Kärntner Landesregierung erschienen

Wutte, Obmann des Kärntner Partisanenverbands, über die aktuelle Lage der Slowenischen Volksgruppe zu diskutieren. Auf dem Programm stand auch der Besuch des PartisanInnenmuseums am Peršmanhof-Hof und vor der Heimreise ein Treffen mit dem SPÖ-Landtagsabgeordneten, Klubobmann Herwig Seiser im

Landhaus in Klagenfurt. Genosse Seiser erläuterte unter anderem die neue Landesverfassung.

An dieser Stelle sei Ingrid Antes sowie Werner Pikalo für die Organisation der Reise und das interessante Programm, das bei den TeilnehmerInnen höchste Anerkennung fand, zu danken. ■

Gedenken an die Tragödie am Kömmel bei Bleiburg

Alljährlich, am 16. Juli, gedenkt der Kärntner Partisanenverbands seiner toten Kameraden beim Gedenkstein am Kömmel. Dieses Jahr haben mehr als 500 Menschen an der Feier teilgenommen. Es waren Nachkommen der Gefallenen sowie Delegationen aus Slowenien, Kroatien, Bosnien und Italien.

Es geschah am 12. Oktober 1944: Eine Einheit des 3. Bataillons des 13. SS-Polizeiregiments, verstärkt durch örtliche Gendarmen und den Volkssturm, zusammen 100 Mann, hatten 15 Partisanen der Domen-Truppe auf dem Kömmel oberhalb Bleiburgs, überrascht und eingekesselt. Bei einem ungleichen Feuergefecht wurden zwölf Kärntner Partisanen getötet, drei überlebten. An einigen schwer verwundeten Partisanen, vor allem am Kommandanten Ciril Sorli (Domen), ließen die SS-ler und die Volkssturmmänner ihren Hass aus. Sie zogen Domen nackt aus, schleppten ihn zum nahe gelegenen Zik-Hof, der in Brand geschossen war. Später fand man

Domen mit aufgeschlitzten Bauch, durchtrennter Kehle, abgeschnittenen Genitalien und verkohlten Beinen. 3 weitere Verwundete wurden ebenfalls ins Feuer geworfen.

Besonders bestialisch verhielt sich bei dieser Aktion der Großgrundbesitzer Hermann Metnitz, ein führender Nazi in Bleiburg. Nach 1945 tauchte er vorerst unter. Seine Taten wurden von den britischen und österreichischen Behörden untersucht. Dabei wurden hiebste Beweise nicht berücksichtigt und Metnitz wurde freigelassen. Er trat der ÖVP bei und wurde Bürgermeister von Bleiburg.

Unser Bundesvorstandsmitglied Ali

Kohlbacher war eingeladen, die Gedenkrede zu halten. Er führte aus, dass das Gedenktreffen nicht nur eine Bezeugung der Ehre und des Dankes an die hier gefallenen PartisanInnen sein sollte, sondern auch eine Danksagung an alle PartisanInnen, die mit ihrem Kampf gegen das Naziregime nicht nur zur Befreiung Österreichs sondern auch Europas vom verbrecherischen Hitlerfaschismus und seinen Vasallen beigetragen haben. Auch sollte das Gedenktreffen als Aufforderung verstanden werden, den längst tot geglaubten, doch wieder durch Europa geisternden rechtradikalen und neofaschistischen Gespenstern des 20. Jahrhunderts entschlossen entgegenzutreten. Chauvinismus, Rassismus, Fremdenhass, Demokratiefreundlichkeit und Diskriminierung von Minderheiten dürfen nicht geduldet werden.

Kohlbachers Schlussworte: „Wir



kleindenkmaeler.at

Inskrift: Slava dvanajstim partizanom, padlim pri Apovniku / Ehre den zwölf Partisanen, gefallen beim Apovnik 12. 10. 1944

Sozialdemokratische Freiheitskämpfer sind mit euch in Solidarität und Freundschaft verbunden. Ich grüße euch mit dem Partisanengruß: Smrt fašizmu - sloboda narodu! ■



Der Obersalzberg: Ein Lernort zwischen geschichtlichem Anspruch und Brettljaus'n

Der Grat zwischen verantwortungsbewusster Erinnerungskultur und touristischer Nutzung ist am Obersalzberg ein schmaler. Die dortige Gedenkarbeit des Münchner Instituts für Zeitgeschichte kann daher gar nicht hoch genug geschätzt werden. Ein Erfahrungsbericht aus Salzburg von Alexander Neunherz.

Der Obersalzberg liegt rund 40 Fahrminuten von der Stadt Salzburg entfernt. Für den Landesverband der FreiheitskämpferInnen ist die dortige Dokumentation deshalb seit vielen Jahren ein regelmäßiges Besuchsziel. Das anhaltende Interesse der Mitglieder ist zweifelsohne der gelungenen Dauerausstellung geschuldet, die sich seit ihrer Eröffnung im Jahr 1999 einen Namen gemacht hat. Abseits der Ausstellung bleibt jedoch wenig Platz für historische Details – vor allem rund um das Kehlsteinhaus. Die Aussichtsterrasse verspricht launige Biergarten-Atmosphäre und deftiges Essen. Vor dem Kamin im Hauptraum – mit der Jahreszahl 1938 versehen – zücken TouristInnen zielsicher ihre Kameras.

Auch die Kuppelhalle oder der mit polierten Messingplatten verkleidete Aufzug sind beliebte Fotomotive. Historische Erläuterungen sind hingegen nur spärlich vorhanden, was manche BesucherInnen zu eigenen geschichtlichen Interpretationen anregt. Doch es gibt einen Lichtblick: Der Freistaat Bayern hat sich dazu entschlossen, die Dokumentation zu erweitern. Bewusst soll so ein Zeichen gegen das Vergessen und Verdrängen gesetzt und die nationalsozialistische Herrschaft am Obersalzberg stärker in den Vordergrund gerückt werden. Hitler verbrachte dort ab 1923 seine Urlaube und erwarb zehn Jahre später das Haus „Wachenfeld“. Nach der Machtübertragung wurde sein Wohnsitz kontinuierlich ausgebaut und der Ober-

salzberg zum Führersperrgebiet erklärt. Der Diktator sollte knapp ein Drittel seiner Herrschaft dort verbringen und nutzte die weitläufige Anlage als zweiten Regierungssitz. Die nationalsozialistische Propaganda wusste die beeindruckende Bergkulisse medienwirksam für Hitler zu inszenieren und zeigte ihn als Naturfreund und guten Nachbarn. Die Realität sah freilich anders aus: Für die einheimische Bevölkerung war dort kein Platz mehr, sie wurde schonungslos vertrieben.

Das Kehlsteinhaus wiederum wurde 1938 fertiggestellt und ist mit seinem 124 Meter hohen Aufzug bis heute Ausdruck des nationalsozialistischen Bauwahns. Martin Bormanns Geschenk zu Hitlers 50. Geburtstag wurde von diesem jedoch kaum genutzt, da der Diktator alliierte Bombenangriffe fürchtete.

Nach Kriegsende war ein einfaches Anknüpfen an die Zeit vor 1933 nicht mehr möglich. Ver-



Das Kehlsteinhaus wurde 1937 bis 1938 von der NSDAP als Repräsentationsgebäude erbaut

drängung und Vermarktung der braunen Vergangenheit standen von Beginn an in einem intensiven Spannungsverhältnis. Der Obersalzberg als Lern- und Erinnerungsort kam daher spät. Aber nicht zu spät. Denn der Ausbau der Dauerausstellung ist vor allem dem großen Interesse geschuldet. Jährlich besuchen bis zu 170.000 Interessierte die Dokumentation. Ein gutes Zeichen abseits von Tourismus und Brettljaus'n. ■

Mahnmal Aspangbahnhof

Andreas Ehlers informiert über das am 7. September in Wien eingeweihte Mahnmal für die vom Aspangbahnhof aus deportierten Jüdinnen und Juden.

Das von den österreichischen KünstlerInnen PRINZpod entworfene Mahnmal ist den vom Aspangbahnhof aus Deportierten gewidmet, die Opfer der Shoa wurden. Es soll eine Stätte des Mahnens, Erinnerens und Gedenkens an die verfolgten österreichischen bzw. Wiener JüdInnen, die während der Nazizeit von dieser Stelle aus zur Vernichtung in den Osten deportiert wurden, werden: Zwei lange Betonstränge laufen wie Bahngleise in einem Betonblock zusammen. Eine Reise ins Nichts. Das Mahnmal nimmt Bezug auf die Örtlichkeit und den schon vorhandenen Gedenkstein. Ergänzt wird es durch Informationstafeln, die auch die Deportationszüge und -orte visualisieren.

Der Wiener Aspangbahnhof im

3. Bezirk war der zentrale Ort für die Deportationen der jüdischen Bevölkerung Wiens und Österreichs. Zwischen Februar 1941 und Oktober 1942 wurde der Großteil der jüdischen Bevölkerung von dort in Ghettos und Vernichtungslager im Osten deportiert. Zwischen 1939 und 1945 wurden insgesamt 48.953 JüdInnen aus Wien deportiert, davon 47.035 Personen in 47 Transporten vom Wiener Aspangbahnhof. Ab 1943 erfolgte die Abfertigung der Deportationszüge vom Nordbahnhof aus.

Am 8. Mai 1995, dem 50. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus und des Kriegsendes in Europa, wurde beim ehemaligen Aspangbahnhof der Platz der Opfer der Deportation benannt. Ein im Jahre 1983 durch



Im Rahmen eines Wettbewerbs ist der Entwurf von PRINZpod als Siegerprojekt des Mahnmals Aspangbahnhof hervorgegangen

die Initiative einer Privatperson gelegter Gedenkstein erinnert an die Transporte. Seit dem 9. November 1994, dem Jahrestag der nationalsozialistischen Novem-

berpogrome 1938, findet hier jährlich eine Mahnwache und Kundgebung im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus statt. ■

Austrian Centre-Gedenktafel

Mit der Unterstützung des Vereins KunstPlatzl, des Research Centre for German and Austrian Exile Studies und des Österreichischen Kulturinstitutes in London sowie des Zukunftsfonds der Republik Österreich wurde die Austrian Centre-Gedenktafel 2016 verwirklicht. Sie wurde von Sonja Frank (Enkelin von Young Austrians) mittels einer Unterschriftensammlung initiiert. Dr. Martin Eichtinger (Ö. Botschafter in UK) enthüllte die Gedenktafel am 13. Oktober 2016 in London in 124, Westbourne Terrace.

Die Dokumentation (Buch, Ausstellung und Film) „YOUNG AUSTRIA, ÖsterreicherInnen im Britischen Exil 1938-1947. Für ein freies, demokratisches und unabhängiges Österreich“ konnte erfolgreich in Österreich und in England präsentiert werden.

Young Austria, die große Exiljugendorganisation, wurde 1939 in London gegründet. Sie zählte ab 1943 1.300 Mitglieder und beteiligte sich am antifaschistischen Kampf gegen Hitler. Über Erich Herzls (ehem. Young Austrian) Wunsch wurde Young Austria mit einer Wanderausstellung und

Büchern dokumentiert, um diese Menschen zu ehren, die für unsere Freiheit wirkten. ■



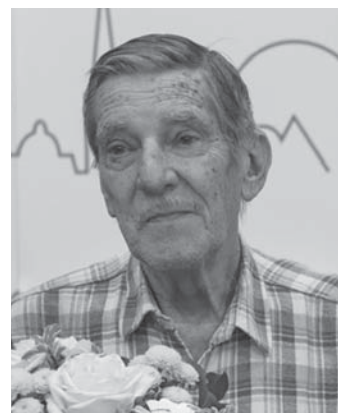
Sonja Frank

Kurt Dangl (1944-2017)

Kurt Dangl, langjähriges Mitglied des Vorstandes der Ottakringer Freiheitskämpfer/innen ist am 7. August nach einem erfüllten Leben im Alter von 73 Jahren von uns gegangen.

nach einigen Jahren in Schweden, wo er beruflich und sportlich - als aktiver Fußballspieler - tätig war, kehrte er in seine politische Heimat Ottakring zurück. Dort leistete er als Mitarbeiter und Vorstandsmitglied der Sektion 16 und später der Sektion 15 wertvolle politische Arbeit. Im Februar wurde Kurt Dangl im Beisein von Bundeskanzler Christian Kern und Bürgermeister Michael Häupl durch die Verleihung der Victor Adler-Plakette ausgezeichnet.

Wir Ottakringer Freiheitskämpfer/innen verlieren mit Kurt Dangl einen aufrechten Antifaschisten, einen unermüdlischen Kämpfer gegen Hetze, Rassismus und Ausgrenzung, einen weltoffenen politischen Menschen. Er hat bis zuletzt an vielen Gedenkfahrten der Freiheitskämpfer/innen, vor allem an den Gedenkfeiern in Mauthausen teilgenommen. Die Gedenkfeiern zum 12. Februar und 1. November waren ihm ebenfalls stets ein Anliegen.



Lieber Kurt, wir werden deine Arbeit fortsetzen! Wir werden dich niemals vergessen! ■

Das politische Leben von Kurt Dangl wurde bereits als Kind geprägt. Er durfte, wie er stolz erzählt hat, seinen Vater zu dessen Sektionsabenden begleiten und ist seither „seiner Partei“, der sozialdemokratischen Bewegung, immer treu geblieben. Auch

Albrecht K. Konečný (1942-2017)

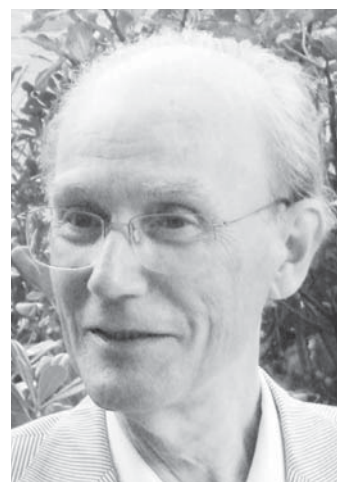
„Mit Albrecht Konečný verlieren wir einen überzeugten Sozialdemokraten, eine große Persönlichkeit und einen lieben Genossen, der sich stets für die Schwächeren in der Gesellschaft eingesetzt hat“, unterstrich der Vorsitzende der SPÖ Wien, Bürgermeister Michael Häupl zum Tode des langjährigen SPÖ-Politikers, ehemaligen Nationalrats- und EU-Abgeordneten Albrecht K. Konečný. „Albrecht war ein leuchtendes Vorbild für die sozialdemokratische Bewegung. Eine Herzensangelegenheit war ihm die antifaschistische Arbeit genauso wie unsere sozialdemokratischen Ideale und Visionen, die er stets mit Weitblick und konsequent vertreten hat. Dafür werden wir ihm immer dankbar sein und ihm ein ehrendes Andenken bewahren“, betonte Häupl.

Couragiert war Konečnýs Kampf gegen den Faschismus, auch im höheren Alter trat er für die sozialdemokratischen Werte ein und wurde bei einer Demonstration 2012 sogar zum Opfer einer rechtsextremen Gewalttat.

Konečný übte zahlreiche politische Funktionen aus. Er engagierte sich im VSSÖ und war von 1974 bis 1980 Vorsitzender der Jungen Generation. Außerdem war er von 1977 bis 1979 Mitarbeiter des Zentralsekretariats der SPÖ, von 1979 bis 1986 Herausgeber und Geschäftsführer der Arbeiter-Zeitung, von 1987 bis 1996 war Konečný als Leitender Sekretär der SPÖ tätig, von 1996 bis 2010 Vorsitzender der Bundesratsfraktion der SPÖ. In den Jahren 1995 und 1996 war Konečný auch Mitglied des Europäischen Par-

laments. Für seine Verdienste für Wien und Österreich wurde Konečný mit dem Goldenen Ehrenzeichen der Stadt Wien ausgezeichnet sowie mit dem Silbernen und Goldenen Ehrenzeichen für die Verdienste um die Republik Österreich.

Politisch verankert war Albrecht Konečný in Währing. Der Vorsitzende der SPÖ Währing, Gemeinderat Fritz Strobl hält zu Konečnýs Wirken fest: „Mit Albrecht verlieren wir einen engagierten Menschen, dessen Arbeit mit vollem Herzblut auf die Verbesserung der Lebensverhältnisse seiner Mitmenschen ausgerichtet war. Albrecht war 20 Jahre lang stellvertretender Vorsitzender in Währing und hat in dieser Zeit maßgeblich dazu beigetragen, dass unser Währing zu so einem lebenswerten Bezirk



für alle geworden ist. Er hat die Ideale unserer Bewegung mit jeder Faser seines Körpers verkörpert und täglich vorgelebt.“

Lieber Albrecht, wir werden dich niemals vergessen! ■

Irma Trksak (1917-2017)

Die Widerstandskämpferin, Ravensbrück-Überlebende, sowie Mitbegründerin und langjährige Sekretärin der Österreichischen Lagergemeinschaft Ravensbrück, Irma Trksak, ist am 11. Juli 2017 in ihrem 100. Lebensjahr verstorben. Die Website der Lagergemeinschaft brachte einen Nachruf, den wir auszugsweise wiedergeben.

Irma Trksak (geboren am 2. Oktober 1917) war das zweite von vier Kindern. Ihre Eltern sind vor dem Ersten Weltkrieg aus der Slowakei nach Wien gezogen. Die Kinder wurden alle in tschechische Schulen geschickt. Nach ihrer Matura am tschechischen Komensky-Realgymnasium – als Mädchen einer Arbeiterfamilie eine Seltenheit – besuchte Irma ein Jahr die pädagogische Akademie in Prag. Sie erhielt dann eine Anstellung als Lehrerin an der tschechischen Volksschule in Wien. Als diese 1940 geschlossen wurde, begann Irma ein Slawistik-Studium.

Während ihrer Studienzeit engagierte sie sich im Widerstand, zum einen in der Zensurstelle für Briefe in slawischen Sprachen, zum anderen in ihrer Gruppe im „Tschechoslowakischen Turnverein“. Treibende Kraft war Irmas Empörung darüber, als Angehörige einer slawischen Minderheit (und ohne „deutsches Blut“ in den Adern) plötzlich zu einem Menschen zweiter Klasse degradiert zu werden. Irma und ihr Freund vervielfältigten Flugblätter und verteilten sie, halfen bei Sabotage-Aktionen der sogenannten „Terrorgruppe“ des Turnvereins mit. Immer mehr Mitglieder der Gruppe, zu der auch einer von Irmas Brüdern gehörte, wurden im Laufe der Zeit verhaftet und ohne Prozess in Konzentrationslager geschickt. 20 Mitglieder wurden hingerichtet.

Am 29. September 1941 wurde Irma verhaftet. Am 2. Oktober 1942, an ihrem 25. Geburtstag, wurde sie als Konzentrationslager-Häftling Nr. 14177 registriert. Sie kam mit ihren tschechischen Mitstreiterinnen in jener Baracke unter, in der Rosa Jochmann bereits Blockälteste war. Später meldete sich Irma für die Arbeit in der Siemens-Produktionsstätte, wo sie als Schreiberin die Arbeitsleistung der Häftlinge verzeichnen musste. Auch hier leistete sie Widerstand indem sie die Statistiken der Arbeitsleistungen fälschte. 1944 wurde Irma Stubenälteste in der „Internationalen Stube“ des „Siemenslager“. Käthe Sasso, die im Jänner 1945 auf diesen Block kam, hörte von ihren Mithäftlingen nur Gutes über Irma Trksak, die letzte schwere Monate im Lager Uckermark verbringen musste wo sie Zeugin vieler unmenschlicher Verbrechen wurde, etwa der Vergasung jüdischer Kinder, die aus Auschwitz gebracht wurden. Im Chaos der Lagerauflösung Ende April konnten Irma und ihre Freundinnen vom letzten sogenannten Evakuierungsmarsch am 29. April 1945 fliehen.

Nach einem langen Heimweg fand sie in Wien die Eltern wieder. 1951 brachte Irma einen Sohn zur Welt. Beruflich betreute sie später die tschechische Zeitung für die KPÖ. Nachdem sie aus der Partei ausgetreten war, wechselte sie in die Privatwirtschaft und arbeitete bis zu ihrer



commons.wikimedia.org/PumpingRudi

Irma Trksak im Wiener Metro Kino bei der Feier anlässlich ihres 90. Geburtstages 2007. Die Mitglieder der Österreichischen Lagergemeinschaft Ravensbrück & FreundInnen betrauern den Tod von Irma Trksak. Die Freiheitskämpfer/innen schließen sich mit Beileid an

Pensionierung bei Siemens in Wien als Sachbearbeiterin. Irma war viele Jahrzehnte engagierte Zeitzugin in Schulen. Sie hielt Vorträge und stellte sich für Dokumentationen und Reportagen zur Verfügung. Schon 1947 war sie Zeugin in den Hamburger

Ravensbrück-Prozessen. Von Beginn an war sie im KZ-Verband tätig. Und sie gehörte auch zu den Gründungsmitgliedern der österreichischen Lagergemeinschaft Ravensbrück (1947), deren Sekretärin sie zwischen 1984 und 2005 war.

Lauter Einzelfälle?

Das Mauthausen Komitee Österreich beobachtete, ob rechtsextreme Aktivitäten von FPÖ-Politikern seltene Einzelfälle sind, oder ob sie sich häufen. Dabei wurden rund 60 einschlägige Fälle aus den Jahren 2013 bis 2017 knapp und übersichtlich in Form einer Broschüre dargestellt. Diese Fälle sind bestens dokumentiert, stets haben auch Medien berichtet. Die Darstellung ist keineswegs vollständig, sondern könnte für

denselben Zeitraum noch wesentlich mehr einschlägige Fälle umfassen.

„Wenn jemand mit der FPÖ koalieren will, soll er nachher nicht sagen können, er habe nicht gewusst, wie ewiggestrig sie ist. Der blaue Abgeordnete Hübner hat mit seinen antisemitischen Aussagen für große Aufregung gesorgt. Doch das war nur einer von sehr vielen Fällen“, unterstrich MKÖ-Vorsitzender Willi Mernyi.

Noch am Tag der Präsentation, dem 23. August, haben wir ein E-Mail an alle Mitglieder, deren E-Mail-Adressen vom Sekretariat erfasst sind, verschickt. Wer dieses E-Mail NICHT erhalten hat, schreibt bitte zwecks Aufnahme in den Verteiler an kaempfer@spoe.at

Die kann auch unter www.mkoe.at/broschuere-lauter-einzelfaelle-die-fpoe-und-der-rechtsextremismus kostenlos heruntergeladen werden



Dem Faschismus müssen wir jeden Tag entgegentreten

Katharina Kucharowits, Bundesvorsitzende der Jungen Generation in der SPÖ sowie Kinder- und Jugendsprecherin im Parlament, über Freiheit, rechte Politiken und wieso der Satz „Wehret den Anfängen“ heute aktueller denn je ist.

In den letzten Jahren haben wir mehrfach Angriffe gegen Werte erlebt, die uns als SozialdemokratInnen ein besonderes Anliegen sind, häufig waren es unsere Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Besonders häufig ging es gegen die Freiheit, die immer wieder als Gegenteil von Sicherheit dargestellt wurde und wird und die in Anbetracht von Terror und stetig stärker werdender Kommunikation über Kanäle des Web 2.0 mit viel Nachdruck eingeschränkt werden soll. Dabei sind wir im Begriff die wichtigsten Grundpfeiler unserer Gesellschaft auszuhöhlen und schließlich vielleicht sogar zum Einsturz zu bringen. Beispiele dafür sind zunehmender Nationalismus und das Errichten von Grenzen, von Mauern, von Barrieren. Es sind Versuche, das Versammlungs-

recht einzuschränken und eine größere Handhabe zu ermöglichen oder auch das aktuelle Sicherheitspolizeigesetz, sowie die Novelle der Strafprozessordnung, durch die die Privatsphäre massiv demoliert werden würde.

Diese Einschnitte kommen von rechts!

Die oben genannten Beispiele sind dabei häufig Forderungen von (ganz) rechts und folgen ständig demselben Muster: ein Bedrohungsszenario wird skizziert und ständig wiederholt. Dadurch entsteht allgemeine Verunsicherung und Angst, die sich vermeintlich durch die Verschärfung von „Sicherheitsmaßnahmen“ und das stückweise Abtreten von Freiheiten bekämpfen lässt. Der Rückbau von BürgerInnenrechten ist damit bereits in

vollem Gang, Tatsachen und Fakten werden nebensächlich. Mehr Überwachung und weniger Freiheit hat jedoch noch nie zu einem sicheren Leben für Einzelne geführt und verhindert - wie uns grauenhafte Angriffe in etlichen Städten, die umfassende Überwachungsmaßnahmen aufweisen, zeigen - keine Terroranschläge. Deshalb lassen wir uns unsere Freiheitsrechte nicht nehmen!

Wer Freiheit gegen Sicherheit aufwiegt, verliert letztlich beides

Die FreiheitskämpferInnen sind in dieser Auseinandersetzung wichtige PartnerInnen. Sie sind es, die uns daran erinnern, welche unfassbaren Zustände bereits existiert haben, weil essentielle Rechte nicht geschützt oder aufgegeben wurden - sie sind das Erinnerungsvermögen der Partei und zugleich sensible Gradmesser für die Tauglichkeit



Markus Sibrawa

Genossin Kucharowits ist eine starke antifaschistische Stimme im Parlament. Sie kandidiert auf Platz 14 der SPÖ-Bundesliste und auf Platz 28 der niederösterreichischen Landesliste

unserer eigenen Wertehaltungen. Wehret den Anfängen ist auch heute keine Floskel, sondern wichtiger denn je. Denn die FaschistInnen ruhen nicht und dem Faschismus müssen wir jeden Tag entgegentreten. Überall. Lautstark. Gemeinsam. ■

Wer ist Hannes Amesbauer?

Für die kommenden Nationalratswahlen nominierte die FPÖ den 36-jährigen Landtagsabgeordneten Hannes Amesbauer als Spitzenkandidaten für die Steiermark. Wer ist dieser Amesbauer? Eine Spurensuche von Heimo Gruber.

In jungen Jahren bewegte er sich in der rechtsextremen Jugendszene des Müritztals. Angeblich gibt es aus jener Zeit noch ein Foto, auf dem Amesbauer mit einer Hand- und Armbewegung zu sehen ist, die leicht missverstanden werden kann. 2002 trat er dem Ring Freiheitlicher Jugend (RFJ) und 2004 der FPÖ bei. Im RFJ machte er rasch Karriere. Zuerst diente er dem Landesobmann Michael Winter als Stellvertreter und als jener wegen Verhetzung verurteilt wurde, übernahm Amesbauer von 2009 bis 2013 die Leitung des steirischen RFJ. Zuvor war er Bundesgeschäftsführer des Ringes Freiheitlicher Studenten (RFS). Er arbeitete als parlamen-

tarischer Mitarbeiter von Mario Kunasek und trat auch einer akademischen Burschenschaft bei.

Während Amesbauers Funktionsperioden im RFJ häuften sich dort neonazistische und rechts-extreme Exzesse. Einmal kam es zu einem Überfall auf ein Grazer Lokal, bei dem RFJ-Bezirksfunktionäre Besucher krankenhausesreif prügeln. Ein anderes Mal wurde eine antifaschistische Kundgebung attackiert; mit dabei war RFJ-Finanzreferent Ranftl - Amesbauers Reaktion als Landesobmann: „Was bei der Teilnahme an einer Anti-Antifa-Veranstaltung verwerflich sein soll, ist der Vereinsleitung des RFJ unbekannt.“ (Quelle: https://maydaygraz.files.wordpress.com/2011/12/enterhalten_dez11_web.pdf – Seite 6).

Amesbauers Geschick war es, bei derlei Aktivitäten der RFJ-Kollegen in seiner Verantwortungsfunktion stets unbeschädigt zu bleiben. Nur einmal scheint er um seine Karriere gefürchtet zu haben: Als sich immer mehr die Anzeichen verdichteten, dass ein Aktivist des RFJ Steiermark gleichzeitig bei der Nazi-Website Alpen-Donau.info engagiert war, legte Amesbauer im Dezember 2010 seinen Vorstandsmitgliedern eine „Ehrenerklärung“ vor, in der sie bezeugen mussten, nichts mit der Alpen-Donau.info zu tun zu haben. Ausnahmslos alle unterschrieben, aber eigenartigerweise war ein Original dieser „Ehrenerklärung“ bald nach der Sitzung als Faksimile auf der Alpen-Donau.info zu sehen.

Seit 2010 ist Amesbauer Abgeord-



Amesbauer ist Mitglied der „Akademischen Burschenschaft Oberösterreichischer Germanen in Wien“

netter zum steirischen Landtag, wo er zum häufigsten Redner der FPÖ avancierte. Der Kampf gegen Flüchtlinge und die „Asylkatastrophe“ ist ihm dabei ein besonderes Anliegen. Nebenbei ist er regelmäßiger Mitarbeiter der rechtsextremen Monatsschrift „Die Aula“, in der er sich als Anwalt der „autochthonen Bevölkerung“ empfiehlt. Seiner Karriere war derlei Profilierung durchaus nützlich. Im März 2017 wurde er in den Bundesparteivorstand der FPÖ gewählt und im Juni 2017 zu deren steirischem Spitzenkandidaten gekürt. All jene, die um Verharmlosung der FPÖ bemüht sind, sollte Amesbauers Biographie bedenklich stimmen. ■



Für eine offene und pluralistische Gesellschaft

Im Zuge des Wahlschwerpunktes der vorliegenden Ausgabe haben wir sozialdemokratische SpitzenpolitikerInnen um kurze Beiträge zu grundsätzlichen politischen Überlegungen gebeten. Besonders erfreulich ist, dass alle Angefragten gerne und rasch Statements beigesteuert haben. Wir bedanken uns herzlich!

Rechten Kräften offensiv begegnen

Rechtspopulistische Parteien und Ideologien erleben in ganz Europa einen Aufschwung. Sie vertreten beunruhigende Positionen, die die Demokratie und Sicherheit gefährden. Diese Parteien geben vor, radikale Lösungen für komplexe Probleme zu bieten. Die Sündenböcke sind beliebig austauschbar, Feindbilder werden mittels Verschwörungstheorien verfestigt.

Als SozialdemokratInnen müssen wir diesen Kräften offensiv begegnen und unsere Visionen, unsere Erzählung, unsere Forderungen entgegenhalten. Ein Zurückweichen vor Konflikten überlässt die öffentliche Bühne nur den Rechtspopulisten.

Der antifaschistische Kampf ist seit jeher ein sozialdemokratischer. Der Einsatz gegen Rechtspopulismus muss auch ein sozialdemokratisch geprägter sein. Nur wer sich einbringt, wer mitdiskutiert und widerspricht, kann etwas verändern.



© SPÖ Parlamentsclub

Andreas Schieder
Klubobmann

Gemeinsame Verpflichtung zum „Niemals wieder“

Als Bundesgeschäftsführer der SPÖ freut es mich besonders, dass wir mit den Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen eine starke Stimme gegen das Vergessen der Gräueltaten faschistischer Regimes und für ein lebendiges Erinnern an die unzähligen Opfer sowie die Heldinnen und Helden des Widerstands in unseren Reihen haben. Uns einen die sozialdemokratischen Grundwerte und die gemeinsame Verpflichtung zum ‚Niemals wieder‘, das heißt zur Wachsamkeit gegenüber allen rassistischen, antisemitischen und autoritären Tendenzen.

Das wirksamste Mittel gegen Rechtsextremismus und autoritäre Einstellungen ist eine Gesellschaft, in der alle Menschen die gleichen Chancen darauf haben, selbstbestimmt zu leben und sich zu verwirklichen. Als SPÖ ist es unsere Pflicht und unser Privileg, diese Vision einer gerechten, sozialen und demokratischen Gesellschaft mit Leben zu füllen.



© SPÖ-Press

Georg Niedermühlbacher
Bundesgeschäftsführer

Grundwerte mit Leben füllen

Die Würde des Menschen und die Wahrung der Menschenrechte sind stets im Mittelpunkt sozialdemokratischer Politik gestanden. Um dieses Selbstverständnis auch in die Zukunft zu tragen, hat die SPÖ einen Wertekompass definiert, dem ich mich zu tiefst verpflichtet fühle. Die Grundwerte der Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind deswegen für mich keine politischen Schlagworte, sondern müssen durch kluges und vorausschauendes Handeln täglich mit Leben erfüllt werden.

Als Sozialdemokrat bin ich stolz auf den antifaschistischen Grundkonsens der Zweiten Republik, diesen zu wahren gilt als höchste politische Maxime. Deshalb gilt es, rechts-extremen, faschistischen oder anderweitig demokratiefeindlichen Haltungen entschieden entgegenzutreten und jene Strömungen zu unterstützen, die sich für eine offene und pluralistische Gesellschaft starkmachen.



© SPÖ/Zimmer

Christian Kern
SPÖ-Vorsitzender, Bundeskanzler

Recht auf Gleichheit und Wahlfreiheit

Im Kampf gegen den Faschismus haben Frauen immer eine wichtige Rolle gespielt – sie haben als Widerstandskämpferinnen im Einsatz für Gleichberechtigung und eine freie, demokratische Gesellschaft mitunter ihr Leben riskiert. Und auch wenn wir heute für Gleichberechtigung kämpfen, geht es nicht um Privilegien für Frauen, sondern um die gleiche Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben.

Mit der 30-Prozent-Frauenquote in Aufsichtsräten haben wir schon eine wichtige Maßnahme auf den Weg gebracht, es gibt aber noch viel zu tun: meine nächsten Ziele sind ein Lohntransparenzgesetz und der Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr, denn Frauen haben ein Recht auf gleiche Bezahlung und echte Wahlfreiheit.



© BKA_Andy_Wenzel

Pamela Rendi-Wagner
Gesundheitsministerin

Von Zeitzeuginnen lernen

Der Zusammenhalt in der Gesellschaft ist keine Selbstverständlichkeit. Ebenso wenig wie die Demokratie. Jeden Tag erleben wir aufs Neue, wie diese Werte auf die Probe gestellt werden. Auch in Österreich.

Umso wichtiger ist es, die Lehren aus der Vergangenheit lebendig zu halten, um für die Zukunft vorbereitet zu sein. Ich hatte das Glück, mit vielen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sprechen zu dürfen und von ihnen zu lernen. Der Kampf gegen den Faschismus ist kein Selbstzweck, sondern eine tagtägliche Notwendigkeit. Damit uns die Vergangenheit nie wieder einholt.



© SPÖ/Sbrava

Muna Duzdar
Staatssekretärin



Für ein solidarischer Zusammenleben

Bei der kommenden Nationalratswahl stimmen wir auch darüber ab, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. In einer Gesellschaft, in der das Recht des Stärkeren gilt, oder in einer Gesellschaft, die Chancengerechtigkeit fördert und in der Startmöglichkeiten möglichst fair verteilt sind.

Viele bieten für die Herausforderungen unserer Zeit einfache, aber falsche Lösungen an. Für ein friedliches und solidarischer Zusammenleben gibt es aber keine Alternative zu den Werten, die das

Fundament der Zweiten Republik und des vereinten Europas bilden: parlamentarische Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Solidarität. Diese Errungenschaften sind keine Selbstverständlichkeit, sondern wir müssen uns immer wieder aufs Neue dafür einsetzen. Dann können wir als Gesellschaft positiv und optimistisch in die Zukunft blicken.



Doris Bures
Nationalratspräsidentin

© Rignud

Kritisches Denken und Toleranz fördern

Mein Ziel ist es, unsere Gesellschaft gerechter, solidarischer und für alle Mitmenschen chancenreicher zu machen. Unsere Kinder und Jugendlichen wachsen in einer Zeit steter Veränderung und mit viel Ungewissheit auf. Es ist deshalb besonders wichtig, dass wir die Schulen als Orte verstehen, in denen die Kinder und Jugendlichen kritisches

Denken und Toleranz erlernen. Gelingen wird dies mit bildungspolitischer Arbeit, und zwar einerseits über Aufarbeitung und Erinnerung, und andererseits über die Vermittlung gelebter Demokratie. In der Schule geht es also um viel mehr als um das Ansammeln von Wissen – es geht um die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit und um politische Bewusstseinsbildung.



Sonja Hammerschmid
Bildungsministerin

© BKA_AndyWenzel

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind keine Selbstverständlichkeit

Sie wurden hart erkämpft. Im Wissen darum, welche Folgen der Faschismus des 20. Jahrhunderts hatte, ist es unsere Aufgabe, jeden Tag für Frieden, Freiheit und Solidarität einzustehen. Unsere Politik muss sich auch im 21. Jahrhundert an der Idee einer gerechten Gesellschaft orientieren, in der jeder Mann und jede Frau die faire Chance hat, sich mit Fleiß und Arbeit etwas aufzubauen, um der Familie ein gutes Leben zu bieten. Unser Ziel ist es, Wohlstand zu schaffen und ihn gerecht in unserer Gesellschaft zu verteilen – vor allem in Zeiten großer Umbrüche. Dabei treten wir geistigen Brandstiftern, die Ungerechtigkeit und Hass schüren, entschieden entgegen.



Jörg Leichtfried
Infrastrukturminister

© bmvit/Zinner

Politik kann Menschen Mut machen

Die Politik kann Menschen Mut machen. Sie kann Lösungen erarbeiten, die neue Perspektiven schaffen. Für mich als Sozialminister heißt das, dass alle Menschen eine Chance am Arbeitsmarkt haben müssen und ein Einkommen verdienen, von dem sie leben können. Als Sozialdemokratie müssen wir die Sorgen der Menschen ernst nehmen. Daran haben die rechten Demagogen kein Interesse. Sie leben lieber von der Angst der Menschen, statt die Herausforderungen in ihrem Sinne zu lösen.

Damit bereiten sie einen neuen Nährboden für Neid und Hetze in unserer Gesellschaft, vor der wir unsere Demokratie konsequent schützen müssen. Das können wir nur, indem wir jedes Mal aufs Neue aufstehen, um diesen Hasspredigern mit echten Fakten und Argumenten entgegentreten.



Alois Stöger
Sozialminister

© Sebastian Reich

Soziale Sicherheit gewährleisten

Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit: Das sind jene Werte, die für die Sozialdemokratie immer im Zentrum ihres Handelns stehen. Dazu gehören materielle Absicherung, Chancengleichheit, genügend Arbeitsplätze und Einkommen, von dem man auch Leben kann. All das kann aber nur in einer friedfertigen und sicheren Gesellschaft verwirklicht werden. Gerade in Zeiten wachsender Unsicherheit müssen wir daher dafür sorgen, umfassende Sicherheit in unserem Land

zu gewährleisten. Denn soziale, öffentliche, innere und äußere Sicherheit ist ein wesentlicher Baustein in unserem demokratischen System. Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte: Dafür müssen wir jeden Tag aufs Neue kämpfen, so wie das die Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen in vorbildlicher Weise seit vielen Jahren vorleben.



Hans-Peter Doskozil
Verteidigungsminister

© BMLYS_Tarjana Sternisa

Die offene Gesellschaft verteidigen!

Die Geschichte kann eine Lehrmeisterin sein. Das gilt vor allem für die dunklen Kapitel in ihr. Die Naziherrschaft ist selbst unter den dunklen Kapiteln eines der schwärzesten. Ich bin immer noch ergriffen, wenn ich an meine Zeit beim damaligen Bundeskanzler Franz Vranitzky zurückdenke. Er bat in seiner Rede an der Universität Jerusalem 1993 die Opfer des Nationalsozialismus im Namen der Republik um Verzeihung. Er war es auch, der die Mitschuld der Österreicherinnen und Österreicher erstmals offiziell aussprach. In den Jahren davor gab es so viele Versuche der Leugnung und Relativierung unserer historischen Mitschuld. Und die gibt es auch heute noch. Umso wichtiger ist eine sichtbare Erinnerungskultur, die verhindert, dass sich die Ungeheuerlichkeit des Mordens wiederholt. Eine demokratische, freie Gesellschaft ohne Antisemitismus, Rassismus und Hetze muss immer wieder von neuem verteidigt und errungen werden. Den Toten gilt unsere unsäglich traurige Erinnerung, den Lebenden unser aufrichtiges Versprechen: Niemals wieder!



Thomas Drozda
Kultur- und Kanzleramtsminister

© BKA_Hans Hofer

Frankreich-Wahl

In der Zeitung „antifa“ der deutschen Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) analysiert Thomas Willms das Ergebnis der PräsidentInnen- und Parlamentswahlen in Frankreich im Frühjahr 2017. Wir danken für die Genehmigung des Abdrucks, der aus Platzgründen auszugsweise erfolgt. Parallelen zu Österreich sind vorhanden, sowohl was die Wahl zu unserem Staatsoberhaupt 2016 als auch zum Nationalrat am 15. Oktober betrifft.

Die Wählerinnen und Wähler Frankreichs haben in den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen das politische System Frankreichs de facto abgewählt ohne es formal abzuschaffen. Die die Fünfte Republik dominierenden und sich an der Macht abwechselnden konservativen und sozialistischen Kräfte haben eine katastrophale Niederlage erlitten. Regiert wird das Land nun von Präsident Emmanuel Macron, der eine Partei hat, die bis einen Tag nach den Präsidentschaftswahlen gar keine war, sondern nur eine „Vorwärts“-Bewegung („En Marche“). Außer mittels weitreichender eigener Befugnisse kann Macron seine Ziele im Parlament über eine absolute Mehrheit seiner Partei „La République en Marche“ von 308 der 577 Sitze verwirklichen. Zusammen mit dem verbündeten „Mouvement démocrate“ verfügt Macron sogar über eine Mehrheit von 350 Sitzen. Die Abgeordneten sind überwiegend ohne jede parlamentarische Erfahrung.

Der Verzicht auf klare inhaltliche Aussagen hat diesen Sieg nicht verhindert, sondern ermöglicht. Sicher ist, dass die WählerInnen einen jungen Mann an die Macht gebracht haben, von dem man sagen kann, dass er gut aussieht und eine kluge ältere Frau geheiratet hat. Wofür er darüber hinaus steht, scheint den WählerInnen nicht so wichtig gewesen zu sein: Hauptsache weg mit dem Alten. Der dann doch deutliche Sieg Macrons hat schon fast vergessen gemacht, wie nahe Marine Le Pen an der Präsidentschaft war. 34 Prozent stimmten im entscheidenden zweiten Wahlgang für die Frontfrau des Front National (FN), eine nie

dagewesene Machtdemonstration der französischen extremen Rechten. Im ersten Wahlgang tat sich jedoch überraschend mit „France Insoumise“ (FI) von Jean-Luc Mélenchon auch eine Bewegung von Links hervor, und lag nur knapp hinter dem FN. Die „Nationale Front“ und „Das aufständische Frankreich“ erreichten zusammen über 40 Prozent. „Halt!“ wird man rufen – was heißt hier zusammen? Man kann doch nicht Stimmen für Links und Rechts einfach addieren!

Die FI ist ohne Zweifel eine radikale Bewegung, die für deutliche Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, die Einschränkung der Macht von Banken und Konzernen, gegen Korruption, gegen die etablierten Machtzirkel der Absolventen der Elite-Universitäten, für die Energiewende und radikalen Umweltschutz eintritt. Aber ebenso deutlich ist sie eines nicht, nämlich antifaschistisch. Zwar ist Mélenchon ein ausgesprochener Le Pen-Hasser und ausgewiesener FN-Gegner, trotzdem muss es irgendwann in den letzten Jahren bei ihm zu einem bedeutsamen Umschwung gekommen sein. Die FI steht nämlich für den fundamentalen Bruch mit einer informellen Regel der politischen Kultur Frankreichs, die da heißt: Sollte ein extrem rechter Kandidat in eine Stichwahl kommen, wählen alle anderen „republikanisch“, wählen also dessen Gegenkandidaten unabhängig der politischen Zugehörigkeit. Entsprechende Empfehlungen wurden denn auch unmittelbar nach dem ersten Wahlgang abgegeben, mit einer Ausnahme: Jean-Luc Mélenchon. Die FI veranstaltete stattdessen eine Online-Umfrage unter ihren



Am 23. August 2017 empfing Bundeskanzler Christian Kern (r.) den französischen Präsidenten Emmanuel Macron (l.) in Salzburg

Anhängern, die erstaunliches zu Tage brachte. Etwa zwei Drittel wollten nicht Macron wählen, sondern sich enthalten oder nicht wählen gehen, mithin lieber eine faschistische Präsidentin in Kauf nehmen als jemanden, von dem man nicht zu Unrecht annimmt, dass er doch nur in neuer Verpackung wirtschaftsliberale Ideen vertritt. Schlimmer noch: Etwa jeder achte FI-Anhänger wählte gleich selbst FN.

Will man diesen Bruch erklären, muss man sich stärker mit der Ideologie der FI und des – sich selbst so nennenden – Linkspopulismus beschäftigen. Das Zusammenrücken des extrem rechten und des extrem linken französischen

Elektorats erscheint dann nicht mehr als erschreckender Zufall, sondern als Ausdruck erheblicher agitatorischer Kongruenz, schlimmer noch: erheblicher Übereinstimmungen in den theoretischen Grundlagen. Thematische, inhaltliche und ideologische Überschneidungen mit dem Programm des FN sind unverkennbar. Wer hier von wem abgeschrieben hat, ist letztlich weniger interessant als die Tatsache, dass relevante Teile der radikalen Linken nicht mehr wissen wer ihr Todfeind ist.

Der gesamte Artikel von Thomas Willms kann unter <http://antifa.vvn-bda.de/2017/07/14/melenchon-und-mouffe/> nachgelesen werden. ■



Rechte Bomben-Attentate vor 20 Jahren

Vor 20 Jahren, am 1. Oktober 1997, wurde der Briefbombenattentäter Franz Fuchs bei einer Verkehrskontrolle durch Gendarmeriebeamte gefasst. Ein Beitrag von Gerald Netzl.

Von 1993 bis 1997 verübte der mutmaßliche Einzelattäter im Namen einer von ihm erfundenen „Bajuwarischen Befreiungsarmee“ (BBA) rassistisch motivierte Anschläge durch zahlreiche Brief- und Rohrbomben. Opfer und AdressatInnen der Bomben waren MigrantInnen, Roma und Sinti sowie Personen und Organisationen, die sich in diesen Bereichen engagierten. Die neonazistisch motivierte Anschlagserie hielt die Republik in Angst und Schrecken und forderte vier Todesopfer, 15 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt.

Fuchs versandte die erste Briefbombenserie Anfang Dezember 1993. Von den neun Briefbomben, die vom 3. bis zum 6. Dezember ihre AdressatInnen erreichten, ex-

sowie der damalige Wiener Bürgermeister Helmut Zilk. Alle drei wurden schwer verletzt. Eine Angestellte eines Masseverwalters wurde verletzt, als die Bombe detonierte, die an den Islamischen Ausländer-Hilfsverein adressiert war. Die anderen Sprengsätze wurden rechtzeitig entdeckt. Sie waren adressiert an Caritas-Präsident Helmut Schüller, die Grünen-Politikerinnen Madeleine Petrovic und Terezija Stoisits, an Universitätsprofessor Wolfgang Gombocz (Gründungs- und Vorstandsmitglied einer Vertretungsorganisation der steirischen Slowenen, des Artikel-VII-Kulturvereines für Steiermark) und Frauenministerin Johanna Dohnal.

Beim Versuch, eine Rohrbombe zu entschärfen, wurden dem Po-

Renner-Schule in Klagenfurt versteckt.

Die zweite Serie von Briefbomben im Oktober 1994 bestand wegen eines Konstruktionsfehlers ausschließlich aus Blindgängern.

Am 4. Februar 1995 wurden die vier Roma Peter Sarközi, Josef Simon sowie Karl und Erwin Horvath in Oberwart durch eine Sprengfalle getötet. Die Rohrbombe war an einem Schild mit der Aufschrift „Roma zurück nach Indien“ angebracht. Beim Versuch, dieses Schild zu entfernen, explodierte der Sprengsatz. Zwei Tage später wurde in Stinatz Erich Preissler, einem Mitarbeiter des burgenländischen Umweltdienstes, durch eine Sprengfalle die Hand zerfetzt.

Die dritte Serie wurde Anfang Juni 1995 an die Fernsehmoderatorin Arabella Kiesbauer, an Dietrich Szameit, den damaligen stellvertre-

persönlich, die Bomben verletzten ihre MitarbeiterInnen.

Die vierte Serie ging Mitte Oktober 1995 an zwei ausländische Ärzte und die Flüchtlingshelferin Maria Loley. Ein aus Syrien stammender Arzt und Maria Loley wurden dabei verletzt, der an einen koreanischen Arzt verschickte Brief wurde entdeckt.

Zwei der vier Briefbomben der fünften Serie explodierten am 11. Dezember 1995 frühzeitig in einem Postkasten, die zwei anderen konnten abgefangen werden. Unter den Adressaten waren das Wiener Büro des Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR), ein ungarisches Partnervermittlungsbüro, Angela Resetarits (die Mutter von Lukas, Willi und Peter Resetarits) und eine aus Indien stammende Wiener Familie.

Die Verhaftung von Franz Fuchs am 1. Oktober 1997 machte dem Terror ein Ende. Am 2. Februar 1999 begann der Prozess am Landesgericht für Strafsachen in Graz. Bereits am ersten Verhandlungstag blockierte Fuchs den Prozessbeginn durch unentwegt skandierende Parolen, wie etwa „Es lebe die BBA!“ und ausländerfeindliche Hasstiraden. Daraufhin wurde Fuchs vom vorsitzenden Richter Heinz Fuhrmann von der Verhandlung ausgeschlossen. Am 10. März fällte der Schwursenat sein Urteil in Abwesenheit des Angeklagten. Franz Fuchs wurde wegen vierfachen Mordes sowie zahlreicher Mordversuche und Körperverletzungen zu einer Freiheitsstrafe auf Lebensdauer verurteilt.

Am 26. Februar 2000 erhängte sich Fuchs in seiner Zelle in der Justizanstalt Graz-Karlau mit dem Kabel seines Rasierapparates. Die Wechselwirkung zwischen legalem, parlamentarischem Rechtsextremismus und illegalem, terroristischem steht für uns FreiheitskämpferInnen fest. Wir akzeptieren weder den einen noch den anderen und bleiben wachsam! ■



In der Justizanstalt Karlau beging Fuchs am 26. Februar 2000 Selbstmord

plodierten vier. Erste Opfer waren der Pfarrer August Janisch und Silvana Meixner, Mitarbeiterin der Minderheitenredaktion des ORF,

lizisten Theo Kelz am 24. August 1994 beide Hände abgerissen. Der Sprengsatz war bei der zweisprachigen deutsch-slowenischen

tenden Bürgermeister von Lübeck, und an eine Partnervermittlung in Linz verschickt. Kiesbauer und Szameit öffneten ihre Briefe nicht



100 Jahre Oktoberrevolution – eine kritische Darstellung

Im November jähren sich die Ereignisse der russischen Oktoberrevolution zum 100. Mal. Sie stellte globalpolitisch und auch aus Sicht der (internationalen) ArbeiterInnenbewegung eine Zäsur dar. Redaktionsmitglied Claus Michl-Atzmüller hat sich auf eine kritische Spurensuche begeben.

Am Internationalen Frauentag gingen Arbeiterinnen und Mütter in Petrograds nördlicher Vorstadt Wyborg auf die Straße. „Brot“ war die soziale Forderung, mit der sie die RüstungsarbeiterInnen und andere zur Solidarität riefen und sich zum Protestzug formierten. Es bildeten sich betriebliche ArbeiterInnenkomitees. „Schluss mit dem Krieg“ war eine der nachdrücklichen Forderungen.

Schon am dritten Tage erfasste der Generalstreik ganz Petrograd und Zar Nikolaus II., der sich im fernen Armeehauptquartier zu Mogiljow befand, erteilte dem Stadtkommandanten telegrafisch den Schießbefehl. Der Sturmlauf der Volksrevolution konnte in den nächsten Tagen nicht aufgehalten werden. Die Festung Kronstadt, die Matrosen der Baltischen Flotte, dann Moskau, Charkow, Kiew und weitere Städte diesseits des Urals schlossen sich an. Am 2. März 1917 erklärte Zar Nikolaus seinen Rücktritt. Schließlich drängte der Petrograder Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten die Liberalen des Duma-Komitees zur Bildung einer Provisorischen Regierung.

Am 3. April 1917, dem letzten Beratungstag der Sowjetdeputierten, kam Wladimir Iljitsch Lenin mit der Hilfe der deutschen Geheimdiplomatie aus dem Schweizer Exil zurück. Er trug ein fertiges Revolutionskonzept in der Tasche, das als „Aprilthesen“ Berühmtheit erlangte. Der Klassencharakter der Provisorischen Regierung sei kapitalistisch, zudem könne sie nicht den Krieg beenden.

Tatsächlich bewirkte die Unmöglichkeit und Unfähigkeit der bürgerlichen und gemäßigten sozialistischen Gruppierungen, die Situation seit dem Februar 1917 zu stabilisieren und den Zerfall der staatlichen Strukturen aufzuhalten, den Bolschewiken die Machtergreifung, die in der Nacht vom 25. auf den 26. Oktober durch den Sturm auf das Winterpalais in Petrograd ihren Anfang fand. Der Kreuzer „Aurora“ lieferte das Signal für den Sturm.

Lenin speiste seine Glaubwürdigkeit durch sein konsequentes Auftreten gegen den „imperialistischen Krieg“. Der Bruch in der Sozialdemokratischen ArbeiterInnenpartei Russlands, deren radikalen Flügel die Bolschewiki darstellten, hatte sich bereits am Parteitag 1903 abgezeichnet. Die Menschewiki, der gemäßigte Flügel, hielt am Konzept fest, dass erst nach einer Phase der Kooperation mit den bürgerlich-kapitalistischen Kräften der Übergang zum Sozialismus möglich sei. Ein evolutionäres Konzept, das sozialdemokratische Parteien in vielen Ländern unter parlamentarisch-demokratischen Bedingungen bis heute verfolgen.

Die Ereignisse vom Oktober 1917 zeigten, dass sich mit guten Gründen von einer ArbeiterInnenchaft im marxistischen Sinne sprechen ließ. Ihre Durchsetzungskraft ergab sich aus ihrer Zusammenballung in den Zentren und Großbetrieben des Landes. Nach einem BürgerInnenkrieg, der seinen



Kundgebung der Arbeiter- und Soldatenräte auf dem Verkündigungsplatz in Nischni Nowgorod. Oktober 1917

Ausgang im Zerwürfnis der Linken Sozialrevolutionären mit den Bolschewiki fand, einem BürgerInnenkrieg zwischen „Weißen“ und „Roten“, festigten die Bolschewiki spätestens ab 1921 ihre Macht. Terror und Versorgungsdiktatur sicherten ihnen den Erfolg.

Bürokratismus war ein konstitutiver Teil der neuen Ordnung. Unter der Herrschaft sollten alle Elemente von Bürokratismus auf dem Weg in den Sozialismus wieder auferstehen: Zwangsmobilisierung, Requisitionen, außerordentliche Maßnahmen, ein ungeheuerlicher Energieverbrauch, exzessive Gewalt sowie ein Führerkult.

Das 20. Jahrhundert war geprägt von Massenbewegungen, die für eine humanere, ausbeutungsfreie, friedlichere, gerechtere Welt kämpften. Sie wollten mit Marx alle Verhältnisse, in denen der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes, verlassenes, verächtliches Wesen ist, umwerfen. Doch war die kommunistische Politik des 20. Jahrhunderts von rigiden Vorstellungen geprägt, die den Herrschaftsanspruch von Parteiapparaten durchsetzen

sollten. Im Zweifelsfall wurden Entscheidungen repressiv umgesetzt. Eine Korrektur im Rahmen eines gesellschaftlichen Klärungsprozesses gab es nicht. Jede Form der selbstständigen Verständigung oder gar der öffentlichen Willensbildung jenseits des Parteirahmens galt als kriminell, zumindest aber als verdächtig.

Der bürokratische Realsozialismus hat sich durch eine rigide Form der staatlichen Herrschaft, einer unmenschlichen Form des Arbeitszwanges ausgezeichnet. Er hat Kriege geführt, grausame Gefängnisse betrieben, den Gulag, jede Opposition – auch die sozialdemokratische – brutal verfolgt. Und die Sowjetunion war stets vom Kapitalismus, den man eigentlich überwinden wollte, abhängig.

Fazit: Der bolschewistische Umsturz gilt seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion nicht mehr als Epochenwende für viele Kommunisten und Sympathisanten, sondern als Teil einer Kette von Katastrophen und Fehlentwicklungen, die der Erste Weltkrieg ausgelöst hat. ■

Nach dem Kampf!

Werner Bauer und Lilli Bauer kuratieren gemeinsam den Waschsalon im Karl-Marx-Hof. Wir freuen uns besonders, Werner Bauer für den folgenden Beitrag zur neuen Sonderausstellung „Presse und Proletariat“ im Waschsalon gewonnen zu haben.

Nach dem Verbot der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei sowie sämtlicher sozialdemokratischer Organisationen und Vereine im Februar 1934 werden viele FunktionärInnen verhaftet und vorübergehend interniert, anderen gelingt die Flucht ins Ausland. Neues Zentrum der Parteileitung um Otto Bauer ist das nahegelegene Brünn; in Österreich entstehen mehrere, meist aus jugendlichen oder ehemaligen Angehörigen sozialdemokratischer Nebenorganisationen zusammengesetzte Widerstandsgruppen, die sich ab Ende 1934 revolutionäre Sozialisten nennen.

Bereits am 25. Februar 1934 erscheint in Brünn die erste Nummer der 4-seitigen und nunmehr illegalen Arbeiter-Zeitung, nahezu im Alleingang geschrieben von Otto Bauer. Das Blatt mit einer Auflage von zunächst 60.000 Stück erscheint wöchentlich, ab November 1936 nur noch 14-tägig. Die Korrespondenzen werden in Wien hergestellt, sie sind verschlüsselt und ihre Texte auf den ersten Blick „sinnlos“. Zur Entschlüsselung dienen eigene „Wörterbücher“. Auch chemische Tinte kommt zum Einsatz. Gedruckt wird meist in der Tsche-

choslowakei, manchmal – aufgrund von Transportproblemen – auch in illegalen Wiener Druckereien. Freiwillige, später auch bezahlte Profis, schmuggeln die Zeitungen nach Österreich, per Bahn, „unter den Kohlen im Tender versteckt“, getarnt als Fleisch- oder Gemüsetransporte, als Fracht in Stoffballen, aber auch mit Booten über die March. Vertrieben werden die Zeitungen durch ehemalige Schutzbundmitglieder, Arbeitersportler oder unverdächtige Jugendliche.

Nach wiederholten Interventionen der österreichischen Bundesregierung drohen die tschechischen Behörden mit dem Entzug des Asylrechts. Um einem Verbot zuvor zu kommen, weist die Arbeiter-Zeitung ab 31. März 1937 Paris als Erscheinungsort aus. Ihre letzte Nummer trägt das Datum 15. März 1938.

In Brünn wird auch das theoretische Organ Der Kampf produziert, das ab Mai 1934 monatlich in einer Auflage von etwa 2.000 Stück erscheint, zunächst gemeinsam mit dem Blatt der sudetendeutschen Sozialdemokratie Tribüne und ab November 1934 mit dem Untertitel „Internationale Revue“. Nach dem „An-

schluss“ kommt die Zeitschrift ab 2. Juni 1938 als Der Sozialistische Kampf – La Lutte Socialiste in Paris heraus.

Um sich von der Parteileitung im Exil unabhängiger zu machen, beschließt das Zentralkomitee der Revolutionären Sozialisten, eine eigene Zeitung herauszugeben – Die Revolution. Das betont kämpferische, von Karl Hans Sailer und Franz Rauscher redigierte Diskussions- und Mitteilungsblatt erscheint ab 29. Mai 1934 monatlich in einer Auflage von etwa 10.000 Stück und wird meist in Wien hergestellt. Von April 1936 bis Ende 1937 existiert auch die hektografierte Debatte als freies, von der Parteispitze unabhängiges monatliches Diskussions- und Artikulationsorgan.

Während gedruckte Zeitungen in der Regel aus dem Ausland kommen, können hektografierte Blätter relativ problemlos im Inland produziert werden. Zur Herstellung „illegaler“ Handzettel, Flugblätter und Streuzettel werden das Stempeldruckverfahren, der Linolschnitt – etwa für Plakate –, oder das Abziehverfahren angewandt. Ein beliebtes Mittel zur Verbreitung illegaler Schriften ist es, die Broschüren mit Umschlag und Titel legaler Druckwerke oder fiktiver ausländischer Publikationen zu tarnen.

Die meisten Autorinnen und Autoren schreiben unter Pseudonym-



Der Sozialistische Kampf – La Lutte Socialiste, 16. Juli 1938

men, Otto Bauer als „Heinrich Weber“ oder „Jean Meunier“, Julius Deutsch als „Josef Lager“, Käthe Leichter als „Anna Gärtner“, ihr Mann Otto Leichter als „Konrad Huber“, „Stefan Mahler“ oder „Pertinax“, Oskar Pollak ist „Austriacus“.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten ändern sich die Rahmenbedingungen grundlegend. Ist ein regelmäßiges Erscheinen illegaler Zeitungen während der Zeit des Austrofaschismus noch möglich gewesen, so wird dies unter der Nazidiktatur zu einer lebensgefährlichen Angelegenheit. Illegale Zeitungen können nur noch fallweise herausgebracht werden und haben größtenteils den Charakter von Flugblättern. ■

Presse und Proletariat

7.9.2017 – 8.4.2018 Sozialdemokratische Zeitungen im Roten Wien

KuratorInnenführungen durch die Sonderausstellung:

28.9., 12.10., 19.10., 16.11., 30.11., 14.12.2017, jeweils 18 Uhr

Eintritt & Führung: € 7,- / Person

Anmeldung erforderlich.

Waschsalon Karl-Marx-Hof

Halteraugasse 7, 1190 Wien

Do 13–18 Uhr, So 12–16 Uhr

Führungen für Gruppen nach Voranmeldung

info@dasrotewien-waschsalon.at, www.dasrotewien-waschsalon.at



Serie 90 Jahre 1927 – Über politische Sprache und Gewalt

Im dritten Teil unserer Serie 90 Jahre Schattendorf geht Claus Michl-Atzmüller der Frage nach, unter welchen Bedingungen politische Sprache und Rhetorik zur angewandten Gewalt werden. Sprachanalytische Aspekte sollen den Weg vom „Wort zur Tat“ aufzeigen.

Der vorliegende Artikel soll selbstkritisch die Mitverantwortung der Sozialdemokratie aufzeigen, die zu jener Polarisierung beitrug, in der sich am 15. Juli 1927 das Wort in eine blutige Eskalation umschlug.

In den Abendstunden des 14. Juli verbreitete sich das Urteil wie ein Lauffeuer durch die Arbeiterbezirke, doch fehlten klare und rechtzeitige Handlungsanweisungen des sozialdemokratischen Parteivorstandes für die Basis in den Wiener Betrieben und im Republikanischen Schutzbund. So wurde die Arbeiterzeitung mit ihrem Leitartikel am Morgen des 15. Juli 1927 zum ersten Verstärker für die Eskalationen. Diese Auslöserrolle lag noch zeitlich vor dem Schießbefehl an die Polizei.

Dieser Leitartikel von Friedrich Austerlitz war voll von generalisierenden Tiraden auf die Geschworenen, denen jedes Rechtsempfinden abgesprochen wird, auf die Parteilichkeit der Gerichtsbarkeit. Es folgten Angriffe auf die bürgerliche Berichterstattung in der Reichspost und Neue Freie Presse, die allerdings in ihren Artikeln ein durchaus vergleichbares Maß an sprachlicher Radikalisierung bei der Verteidigung der Frontkämpfer aufwiesen. Austerlitz sah in diesen Zeitungen ein Sprachrohr der Regierung. Letztlich suggerierte Austerlitz in seinem Leitartikel, dass die österreichische Gerichtsbarkeit ein politisches Urteil gefällt habe. Dieses wäre von der Regierung – wie auch die mediale Hetze auf die Sozialdemokratie – nicht nur gebilligt sondern massiv unterstützt worden.

Mittels einer rhetorischen Frage führte Austerlitz in seinem Leitartikel eine Gleichstellung

von Freispruch und BürgerInnenkrieg herbei. Der Freispruch kann als Vorbote einer gewaltvollen Gegenrevolution der Bürgerlichen gewertet werden. Damit rückte Austerlitz diesen Freispruch in die Nähe der Bedingungen des Linzer Programms, wonach der Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der „Diktatur“ zu brechen sei.

Vom 30. Oktober bis zum 4. November 1926 hielt die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs einen Parteitag in Linz ab. Otto Bauer war einer der dominierenden Redner des gesamten Parteitags. In einer Stellungnahme Bauers war der Terminus „Kampf“ einer der häufigsten verwendete Begriffe, wobei er diesen vor als rhetorisch-pathetische Verstärkerfunktion einsetzte. Kriegerische Termini überwogen, die Metaphern reichten von „Mobilisierung der Parteimitglieder“ über „Terraingewinne“, „politische Manöver“ bis hin zu „Scheingefechten“, „verhärtete Fronten“ oder „Kapitulation“. Doch betonte Bauer den defensiven Charakter von Gewalt. Erst wenn die Demokratie ernsthaft in Gefahr sei, wäre Gewalt ein legitimes Mittel.

Obwohl stets der defensive Charakter von Gewalt betont wurde, BürgerInnenkrieg wäre nur für den Fall ein Mittel, dass die Christlich-Sozialen trotz eines demokratisch herbeigeführten Wahlsieges der Sozialdemokraten festhalten sollten, nährte diese martialische Sprache beim politischen Gegner die Angst vor einer bolschewistischen Diktatur des Proletariats. Dieser wusste die Ängste im BürgerInnenentum propagandistisch auszunützen, was zu einem Anstieg der Mitgliederzahlen bei den Heimwehren führte.

Der Parteitag war also geprägt



Wienerbibliothek im Rathaus, Tagblattarchiv, Fotosammlung, TF-000/425 / CC-BY-NC-ND 4.0

Friedrich Austerlitz bestimmte von 1895 bis 1931 als Chefredakteur die Geschehnisse der AZ und deren geistiges Profil

von einer terminologischen Debatte über den Begriff und die Bedeutung von „Diktatur“. Letztlich fand der Begriff „Diktatur“ nur im metaphorischen Sinne Eingang in das Parteiprogramm. Er wurde nicht klar umschrieben und abgegrenzt und überlebte schließlich auf Grund eines politisch-taktischen Kompromisses. Einerseits wollte man den linken Flügel integrieren, wodurch man sich nicht vom marxistischen Vokabular emanzipieren wollte oder konnte, andererseits wollte man den Bürgerlichen gegenüber ideologische Geschlossenheit signalisieren. Einige Delegierte wie z.B. Karl Renner erkannten durchaus die Wirkung des Verbalradikalismus, sahen jedoch keine längerfristigen Auswirkungen auf die Qualität des politischen Diskurses. Die eingangs erwähnte „Verrohung“ der Schritt vom Wort zur Tat wurde unterschätzt.

Trotzdem blieb Renner ein Kritiker der Beibehaltung des Begriffes „Diktatur“ im Parteiprogramm. Theoretische Begriffe müssten nach der fortschrei-

tenden Praxis gestaltet werden. Damit reagierte er auf eine Empfehlung Max Adlers, den Begriff „Diktatur“ im wissenschaftlich-marxistischen Sinne der Diktatur des Proletariats im Parteiprogramm beizubehalten, obwohl dieser immer stärker mit der bolschewistischen Diktatur identifiziert wurde.

Es bleibt zu konstatieren, dass politische Rhetorik und Metaphorik jene verbalradikale Stimmung aufbereiteten, in der nur noch ein Funke für die Katastrophe reichte. Dieser Funke hat am 15. Juli 1927 einen Brand entfacht, den Justizpalastbrand.

Wie sollte demnach eine sozialdemokratische Partei auf die Rhetorik heutiger rechtspopulistischer Parteien reagieren? Rechtspopulismus kann nicht durch Linkspopulismus bekämpft werden, weder inhaltlich noch sprachlich. Die Sozialdemokratie braucht moderne Inhalte und klare Botschaften – in einem konsequenten, realitätsorientierten und vernünftigen Ton. ■



Gedenkfeier 90 Jahre Justizpalastbrand

Am 14. Juli wurde am Zentralfriedhof eine Gedenkfeier zum 90. Jahrestag des Justizpalastbrandes 1927 veranstaltet, welche auf das „Schandurteil“ von Schattendorf zurückgeht. Diese Ereignisse galten als der Anfang vom Ende der Ersten Republik.

Die Eröffnungsrede hielt der Bundesvorsitzende der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen Johannes Schwantner, der sich dezidiert gegen eine Rot-Blau-Koalition aussprach, weil die FPÖ als autoritär und rassistisch einzuordnen sei, mit der kein demokratischer Staat zu machen ist.

Der Gemeinderat und Vorsitzende der Wiener Bildung, Ernst Woller, erinnerte in seiner Gedenkrede daran, dass die Ereignisse im Jahre 1927 letztlich dazu führen sollten, das Rote Wien zu beseitigen. Erinnerung und Mahnung sind sozialdemokratisches Gebot. Erinnerungskultur ist keine Pflichtübung. Die Zukunft kann nur derjenige meistern, der die Geschichte kennt.

Die Hauptrede hielt Stadtrat Michael Ludwig. Er betonte, dass aufgrund des Druckes der Freiheitskämpfer/innen viele Gedenk- und Erinnerungsstätten entstanden sind. Mit Nachdruck erwähnte er, dass Erinnerungskultur im 21. Jahrhundert wichtig sei, weil die Dominanz konservativer und reaktionärer Parteien gebrochen werden muss.

Ludwig appellierte, stolz auf die sozialdemokratische Geschichte zu sein. Die österreichische Sozialdemokratie ist immer auf der richtigen Seite gestanden. Sie war immer auf der Seite der Demokratie und des sozialen Gewissens. Jede Art des Faschismus müsse bekämpft werden. Nur eine starke SPÖ garantiere Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Brüderlichkeit in einer Welt, die von autoritären Bestrebungen und Orientierungen gekennzeichnet ist.

Er sparte aber auch nicht mit Kritik. Die sozialdemokratische Führung wäre nicht in der Lage gewesen, die Demonstranten im Jahre 1927 zu begleiten. Seipel nahm viele Tote in Kauf, um seine Macht auszubauen. Die sozialdemokratische Führung ist dieser Erkenntnis machtlos und hilflos gegenübergestanden. Der Machtverlust der SDAP im Jahre 1920 wurde ganz kalt und brutal spürbar. Zudem hätte die Sozialdemokratie die eigene Schlagkraft überschätzt. 1927 stellte einen Wendepunkt im Machtverlust der Sozialdemokraten dar. Die Konservativen wussten nunmehr, dass sie auch auf der Straße gewinnen konnten.

Jede Art des Faschismus müsse bekämpft werden, so Ludwig und verwies damit auf den aufkeimenden Rechtspopulismus, der Europa überzieht.

Rechtspopulismus, Rechtskonservatismus, eine neue Rechte, Nationalismus, Chauvinismus können nur durch eine Sozialdemokratie, die sich modernisiert und erneuert, bekämpft werden. Die Sozialdemokratie braucht innovative Ideen und darf niemals ihre internationalen Wurzeln vergessen.

Nur die Sozialdemokratie kann den aufkeimenden autoritären Tendenzen in vielen Ländern entgegentreten. ■



An die Opfer des 15. Juli erinnert das Mahnmal für die Opfer des 15./16. Juli 1927 am Wiener Zentralfriedhof

Ausstellung zum Justizpalastbrand

Am 29. Juni 2017 eröffnete die Vizepräsidentin der Arbeiterkammer Steiermark, Patricia Berger, im Kammergebäude in Graz die Ausstellung „1927 – Justizpalastbrand. Gewaltlösung in Österreich“.

Berger skizzierte kurz die Ereignisse von Schattendorf und Wien und betonte den Konsens in Österreich und Europa, auf Gewalt als politischen Lösungsansatz zu verzichten, als zivilisatorische Leistung der Nachkriegszeit. Die Ereignisse des Jahres 1927 zeigten sehr gut, wie sehr das friedliche Zusammenleben gefährdet ist, wenn nicht mehr versucht wird, gesellschaftliche Kompromisse zu erzielen und unterschiedliche Interessen fair abzugleichen; wenn einzelne politische Kräfte und Akteure danach trachten, ihren Maximalstandpunkt durchzusetzen, ohne auf die Befindlichkeit der Andersdenkenden Rücksicht zu nehmen.

Die historischen Zusammenhänge und Auswirkungen des Schattendorf-Prozesses und der Grenzüberschreitung des Juli 1927, als „der Staat sich traute, auf Rote zu

schießen“ (Bruno Kreisky), erläuterte anschließend der Landesvorsitzende der Freiheitskämpfer Steiermark, Werner Anzenberger. Das Jahr 1927 sei ein Wendepunkt gewesen. Ab diesem Zeitpunkt hätten sich die rechtskonservativen Kräfte noch unverhohlener von den Idealen Demokratie und Rechtsstaat entfernt. Zum Exekutor der endgültigen Wende seien Dollfuß und „ein Klüngel von Politesperados“ geworden, die ab März 1933 den demokratischen Verfassungsstaat scheinbar demontierten und für die – noch wesentlich schärferen – Gewaltexzesse des BürgerInnenkrieges im Februar 1934 hauptverantwortlich zeichneten.

Bezugnehmend auf eines der beiden Todesopfer von Schattendorf, den siebenjährigen Josef Grössing, zeigte Anzenberger auf, dass vor allem Kinder unter der Entwick-



V.l.n.r.: AK-Vizepräsidentin Patricia Berger, Ernst Jaritz, Brigitte Pellar, AK-Vorstandsmitglied Elisabeth Aufreiter und Landesvorsitzender Werner Anzenberger

lung zu einer autoritären und gewaltorientierten Gesellschaft litten. Das krisenbedingte Massenelend, dem die Austrofaschisten und ihre geistigen Väter mit ihrer verfehlten Austeritätspolitik nichts entgegen zu setzen hatten, habe ihre deplorable Lage zusätzlich verschärft.

Die Ausstellung wird von Arbeiterkammer, ÖGB-Verlag, DÖW, iwK und Nationalfonds getragen. Kura-

tiert wird sie von der Historikerin Brigitte Pellar und dem Experten Ernst Jaritz. Beide standen dem Publikum für Fragen zur Verfügung.

Die Exponate sind in den Foyers der AK-Graz bis Mitte September und anschließend der AK-Leoben zu besichtigen. Führungen für Gruppen mit den KuratorInnen Pellar und Jaritz können kostenlos angefordert werden. ■



Zeichnungen aus NS-Konzentrationslagern

1983 erschien dieses zeitlose Buch mit dem Untertitel „Zeichnungen aus den NS-Konzentrationslagern“ zum ersten Mal in Italien. 2017 präsentiert der Wiener Verlag bahoe books („Bahö“ für Aufruhr, Tumult) das bildreiche Werk in deutscher Sprache. Gerald Netzl hat seine Eindrücke für unsere LeserInnen zusammengefasst.

Auf 280 Seiten sind mehr als 250 Zeichnungen und Grafiken von KZ-Insassen reproduziert. Arturo Benvenuti sammelte diese unter grausamsten Umständen gefertigten Zeichnungen in verschiedenen Archiven und Museen in London, Wien, Belgrad, Auschwitz, München, Krakau, Paris, Dachau, Theresienstadt, Budapest und Prag. Ergänzt (soweit bekannt) mit den Namen und Lebensdaten der NS-Opfer, einigen Gedichten und einem Vorwort von Primo Levi, liegt hier ein unschätzbares historisches Zeugnis vor. Arturo Benvenuti, geboren 1923 im Treviso, ist Literat, Maler, Kunstkritiker und Forscher. Bis heute kombiniert er sein soziales und politisches Engagement mit der Förderung von Kunst und Fotografie durch Ausstellungen in der ganzen Welt.

Benvenutis Zusammenstellung gründet nicht nur auf Ästhetik und zwar, weil sich neben den hervorragenden «Blättern» professioneller Künstler und Künstlerinnen auch andere Werke finden, authentisch «naive» Werke. „Wir haben daher nicht selten Zeichnungen mit einer entwaffnenden Offenheit, oft Illustrationen, die sicherlich einen übermäßig

beschreibenden Ansatz haben. Sie sind aber nicht weniger gültig im Hinblick auf die Darstellung jener «Fakten» und «Momente», von denen es gut gewesen wäre, wenn sie der Menschheit erspart geblieben wären. Und was sagt man zu den vielen Kinderzeichnungen, insbesondere zu jenen aus Theresienstadt?“

„Bis heute fehlte ein Buch wie dieses“, schreibt Primo Levi in seinem Vorwort. „Die hier abgedruckten Bilder sind kein Äquivalent und kein Ersatz dafür. Aber sie lösen die Worte ab. Sie stellen etwas dar, was die Sprache nicht auszudrücken vermag.“ Dem ist vom Rezensenten außer einer Kaufempfehlung nichts hinzuzufügen. Das Buch hat für uns AntifaschistInnen einen künstlerischen und einen politischen Wert. Einzelne Zeichnungen kennt man, die meisten kennt man nicht. Sie eignen sich (auch) sehr gut zur Illustration zeitgenössischer politischer Schriften und Druckwerke (aber Achtung auf das Copyright!). Vergnügen bereitet das Betrachten der Bilder keines, doch das ist bei der Lektüre von Büchern mit unserem Thema selten. Das Buch ist wertvoll. ■



Arturo Benvenuti
KZ – Zeichnungen aus den
NS-Konzentrationslagern.

Mit einem Vorwort von Primo Levi. Aus dem Italienischen von Georg Fingerlos. bahoe books, Wien, 2017, ISBN 978-3-903022-48-5, 278 Seiten, € 26,00.

Das schwarze Wien

Christlichsoziale, Heimwehren und Nazis hatten zumindest ein gemeinsames politisches Ziel: Das Ende des ihnen verhassten „Roten Wien“, der einzigartigen sozialdemokratischen Reformpolitik der 1920er- und frühen 1930-Jahre.

Nach dem Februar 1934 und dem Verbot aller Arbeiterorganisationen wollten die neuen politischen Verantwortlichen der Stadt auch einen eigenen städtebaulichen Stempel aufdrücken. Der kommunale Wohnbau, Aushängeschild des „Roten Wien“, wurde radikal zurückgefahren. 1934 bis 1938 sollte die Stadt Wien 3.584 Wohnungen bauen (im Vergleich zu knapp 65.000 Wohnungen des „Roten Wien“). Ein schwarzer „Konkurrenzbau“ aus der Zeit vor 1934 ist das Hochhaus in der Herrengasse, das mit massiver finanzieller Unterstützung der konservativen Bundesregierung errichtet wurde. Es gab nur einen einzigen Monumentalbau nach 1934, das Funkhaus in der Argentinierstraße 30a, mit

dem man versuchte, eine wichtige Institution für den austrofaschistischen Staat sichtbar zu machen. Architekt war Clemens Holzmeister, einer der Stararchitekten der Zeit.

Die Stadtplanung in den Jahren 1934 bis 1938 wollte vor allem eines: Sie rückte das Automobil in den Vordergrund, die Stadt sollte autogerecht werden. Kernprojekte des Straßenbaus waren die Höhenstraße und die Wientalstraße (d. i. ein Teil der ehemaligen Bundesstraße 1 bzw. der Westeinfahrt Wiens und geht in den Hackinger Kai über) sowie die Reichsbrücke. Diese wurde 1937 eröffnet. Ansonsten wurden noch mehrere katholische Kirchen in Arbeiterbezirken gebaut, das gottlose rote

Proletariat sollte zum rechten Glauben bekehrt werden.

Die schwarze Stadtregierung ersetzte die progressive Wohnbausteuer durch eine Mietaufwandsteuer für alle. Hauspersonalsteuer, Genussmittelsteuer, Lustbarkeitssteuer und Pferdeabgabe wurden abgeschafft, schließlich machte man Politik für die Reichen. Folgerichtig wurden Abgaben auf Trinkwasser und Müllabfuhr eingeführt und der Zins in den Gemeindebauten um durchschnittlich 70 (!) % angehoben! Ironie des Schicksals: Die 1937 als „Dollfuß-Führerschule“ begonnene heutige Fasangartenkaserne im 13. Bezirk, sie wurde nicht fertiggestellt, wurde nach 1938 zur Waffen-SS-Kaserne umfunktioniert.

Resümee: Das reichlich bebilderte und gut strukturierte Buch ist sehr interessant! Der Kontrast, hier „Rotes Wien“ mit Bautätigkeit und Politik für die Menschen, dort „Schwarzes Wien“ mit Selbigem für die wenigen

Reichen bestätigt uns in unserer Weltanschauung. Ärgerlich sind die Fehler des Lektorats, wenn öfter mal ein Gemeindebau einem falschen Bezirk zugeordnet wird. ■



Andreas Suttner:
Das Schwarze Wien. Bautätigkeit
im Ständestaat 1934-1938.

Böhlau Verlag, Wien, 2017, ISBN: 978-3-205-20292-9, 288 Seiten, € 40,00.



Höllensterz

Mit Höllensterz legte der britische Historiker Ian Kershaw bereits 2016 den ersten von zwei Bänden vor, die das europäische Jahrhundert der Katastrophen und die Wiederkehr Europas nach 1945 umfassen. Eine Rezension von Claus Michl-Atzmüller.

Das 20. Jahrhundert war geprägt von kriegerischen Auseinandersetzungen, die Hölle zweier Weltkriege und tiefgreifenden Umwälzungen. Ian Kershaw umspannt in 10 Kapitel die Geschichte des Kontinents in seinem ersten Band vom Vorabend des Ersten Weltkrieges bis in die Zeit des beginnenden Kalten Krieges Ende der 1940er Jahre. Ian Kershaw ist vor allem mit einer zweibändigen Hitlerbiografie hierzulande einem breiteren Publikum bekannt geworden und zählt wohl zu den renommiertesten Historikern weltweit.

Bereits im einführenden Kapitel wird deutlich, dass dieses Werk vier übergreifende Themen verfolgt, in denen Kershaw die Triebkräfte hinter der einzigartigen Krise Europas erkennt: Ethnische Auseinandersetzungen, aggressiver Nationalismus und Gebietsstreitigkeiten, Klassenkonflikte, die durch die Oktoberrevolution der

Bolschewiki 1917 erheblichen Auftrieb erhielten, und die tiefe Krise des Kapitalismus, die im Zeichen der Schuldenkrise und deflationärer Austeritätspolitik seit dem Ende der 1920er Jahre immer mehr Menschen in existenzielle Not brachte.

In Ian Kershaws Werk klingen Optionen, Alternativen, durch. Wäre der Erste Weltkrieg nicht doch zu verhindern gewesen? Kershaw spricht die Hauptschuld am Ersten Weltkrieg dem Deutschen Reich und der Habsburgermonarchie zu, sieht aber auch keine wesentlichen Friedensaktivitäten und diplomatische Bemühungen gegen den „Blankoscheck“ seitens der Alliierten. Zudem zeigen die USA im „New Deal“, dass eine Nation in einer sehr schweren Wirtschafts- und Finanzkrise nicht in eine Diktatur und in den Faschismus abgleiten muss, sondern durch eine sozialdemokratische Politik aus der Krise kommen kann. Im New Deal liegt

im Übrigen ein wesentlicher Unterschied zur letzten demokratisch legitimierten Regierung in der Weimarer Republik, der Regierung Brüning. Sie hat in die Krise „hineingespart“ und so dieser wackeligen Demokratie endgültig den Todesstoß verpasst. Auch die Appeasement-Politik gegen Hitlers Gebiets- und Kriegslüsterheit wäre nicht ohne Alternative gewesen.

Dieser Band verbindet politische Geschichte, Wirtschafts-, Kultur- und Alltagsgeschichte. Er verliert niemals den Überblick, er versteht es, Prioritäten zu setzen, zu erklären und sich nicht in einer dichten Beschreibung zu verlieren. Die meisterhafte Erzählung, so genau und detailliert sie auch sein mag, verliert niemals den roten Faden der erhellenden Argumentation.

Ian Kershaw ist ein herausragendes und souveränes Werk gegen eine grassierende Geschichtsvergessenheit gelungen, liefert aber auch neue Erkenntnisse für die Geschichtsbegeisterten und –bewussten.

Harren wir der großartigen Dinge, die der zweite Band für uns bereithält. ■



**Ian Kershaw:
Höllensterz.
Europa 1914 bis 1949.**

Aus dem Englischen von Klaus Binder, Bernd Leineweber und Britta Schröder (Originaltitel: To Hell and Back. Europe 1914 – 1949).

Deutsche Verlage-Anstalt, München, 2016,
ISBN: 978-3-421-04722-9,
768 Seiten, € 36,00

DVA/randomhouse

Pasaremos

Vor kurzem erschien ein großartiger Reprint aller Ausgaben der Zeitung der XI. Internationalen Brigade. Gerald Netzl hat einen Beitrag dazu verfasst.

Auf dem Höhepunkt des Krieges in Spanien standen auf republikanischer Seite rund eine Million Menschen unter Waffen. Im Mai 1938 zählte die Volksarmee 23 Armeekorps mit 66 Divisionen und 202 Brigaden, darunter auch die Internationalen, also jene Einheiten, in denen vor allem ausländische Kämpfer konzentriert waren.

Im Verlauf des Krieges gab vermutlich jede Division der neuen Volksarmee, jede ihrer Brigaden und Bataillone mehr oder weniger regelmäßig eigene Zeitungen bzw. Zeitschriften heraus. Dazu gehörten auch die fünf offiziellen Internationalen Brigaden (sie trugen die Nummern XI. – XV.), zu denen sich im Jahr 1937 mit der 86., der 129. bzw. 150. Brigade weitere, maßgeblich von ausländischen Freiwilligen gebildete Einheiten gesellen sollten. Zu Beginn des Jahres 1937 wurde Spanisch als Kommandosprache für alle Einheiten der Volksarmee verbindlich. Hinzu kam, dass die „Voluntarios de la Libertad“ zunehmend nach Sprach-

gruppen erfasst und auf die entsprechenden Einheiten aufgeteilt wurden. Zur deutschsprachigen Gruppe in der XI. Brigade zählten neben Österreichern, Reichsdeutschen und Schweizern auch die Niederländer und die Skandinavier. Im März 1937 lag ihr Bestand bei 1.468, im April wurden sogar 1.744 Kämpfer registriert, von denen aber bereits etwa 600 Spanier waren.

Als offizielles Organ der XI. Internationalen Brigade erschien „Pasaremos“ (dt. „Wir werden durchkommen“ oder „Wir werden es schaffen“) erstmals am 2. März 1937. Bis zur Verabschiedung der ausländischen Freiwilligen auf republikanischer Seite im Herbst 1938 wurden insgesamt 41 Ausgaben publiziert, ihr Umfang lag zwischen vier und 20 Seiten.

Erschienen sie anfangs noch in jeder Ausgabe in drei Sprachen – deutsch, spanisch und französisch, wurde ab Sommer 1937 mehr und mehr auf französische Überset-

zungen verzichtet. Inhaltlich informierte „Pasaremos“ natürlich über die Kämpfe an den verschiedenen Frontabschnitten, über Siege wie über Niederlagen der Brigade sowie über das Geschehen in ihren Bataillonen, etwa über die Namensgebung für das vierte Bataillon „12. Februar“ (Nr. 22 am 12. Juli 1937, im Buch auf Seite 196). Es reichte weiters vom Besuch von Repräsentanten der Sozialistischen Internationale im April 1937 bis zur Visite der legendären Pasionaria in der XI., über den am 7. August 1937 berichtet wurde. Die Einweihung des Kinderheims „Ernst Thälmann“ wurde gleichermaßen thematisiert wie ein Ernteeinsatz oder das Brigadesportfest u. v. m. Darüber hinaus wurden Aspekte der Volksfrontpolitik ebenso erörtert wie die durch die vermeintliche „Nichteinmischung“ komplizierter werdende internationale Lage Spaniens.

Auf 430 reichlich illustrierten Seiten gewinnen die Leserin und der Leser einen Eindruck vom Kämpfen und Streben der Brigadistas. Das Buch, ein Projekt des deutschen Vereins „Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik 1936-1939“, ist ein ebenso wertvoller wie gelungener Beitrag die Internationalen Brigaden in unserer Erinnerung zu behalten. ■



**Werner Abel (Hrsg.), Karla Popp und Hans-Jürgen Schwebke:
Pasaremos, Organ der XI. Brigade.**

Reprint der Zeitschrift. Mit einem Vorwort von Werner Abel. Ein Projekt des Vereins „Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik 1936-1939“, gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Karl-Dietz-Verlag, Berlin 2017, ISBN: 978-3-320-02337-9, 430 Seiten, € 39,90.

http://antifa.vrn-bda.de



Trauer um Julius Aufrichtig

Unser langjähriges Wiener- und Bundes-Vorstandsmitglied, Julius Aufrichtig, ist am 7. September im Alter von 80 Jahren verstorben. Sein Tod hat uns alle tief erschüttert. Er war Überlebender der Shoa und bis zu seinem Lebensende unermüdlicher Kämpfer gegen Faschismus und Nazismus.

Julius Aufrichtig wurde 1937 in Wien-Leopoldstadt geboren. Gerade mal 18 Monate alt, wurde er im Zuge der Progromnacht am 10. November 1938 schwer verletzt. Nur durch Glück überlebte er die Nazi-Zeit in Wien, erlebte sieben Jahre voll körperlicher Gewalt, Hunger, Krankheiten und ständiger Angst, dass die Familie deportiert wird. In den letzten Kriegstagen wurde er beinahe von deutschen Maschinengewehren erschossen und schließlich von sowjetischen Soldaten gerettet.

1948 war er Gründungsmitglied der jüdischen Jugendorganisation Haschem Hazair und viele Jahrzehnte Mitglied der Sozialdemokratischen Freiheitskämpfer/innen. Für sein unermüdliches antifaschistisches Engagement erhielt er 2002 die Otto-Bauer-Plakette.

Lieber Julius, wir werden das Andenken an dich lebendig halten und dich niemals vergessen. Feundschaft!



Novembergedenken in Wien

Wie in den letzten Jahren gedenkt der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en gemeinsam mit den MandatarInnen und VertreterInnen der SPÖ, der Wiener SPÖ-Bildung, der Sozialdemokratischen Frauen, der Sozialistischen Jugend, der Jungen Generation, der Roten Falken und des VSStÖ der Opfer des Kampfes gegen den Austrofaschismus und den Nazifaschismus.

Wir treffen uns **am Mittwoch, dem 1. November 2017, ab 9.00 Uhr, am Johann-Hatzl-Platz vor dem 2. Tor des Zentralfriedhofs.**

Der Gedenkmarsch beginnt um 9.30 Uhr.

Der Gedenkmarsch führt an den Gräbern von Rosa Jochmann, Bruno Kreisky und Anton Benya vorbei zum **Mahnmal der Stadt Wien für die Opfer für ein freies Österreich 1934 – 1945, wo StR. Jürgen Czernohorsky** sprechen wird.

Beim Mahnmal für die Opfer der NS-Justiz und der NS-Kindereuthanasie „Am Spiegelgrund“ (Steinhof) in der **Gruppe 40** spricht **Abg. Nurten Yilmaz** Worte des Gedenkens.

Der Gedenkmarsch endet mit Kranzniederlegungen im **Ehrenhain für die Februar- und Spanienkämpfer**. Die Abschlussrede hält die Vorsitzende der Sozialistischen Jugend Wien **Fiona Herzog**.

Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe: Ingrid Antes, Werner Anzenberger, Werner Bauer, Dagmar Casagrande, Andreas Ehlers, Sonja Frank, Heimo Gruber, Annemarie Hopfgartner, Michael Kern, Ali Kohlbacher, Katharina Kucharowits, Claus Michl-Atzmüller, Gerald Netzl, Alexander Neunherz, Martin Oppenauer

Lektorat: Irini Tzaferis

Grafische Gestaltung: Wien Work - Digital Media

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 10. September 2017

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 24. November 2017

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer/innen, Opfer des Faschismus und aktiver Antifaschist/inn/en. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at.

Fotos: Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion Freiheitskämpfer

Hersteller: Wien Work - Digital Media, 1220 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. Die im „Kämpfer“ veröffentlichten Artikel und Kommentare geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion oder des Bundesvorstandes wieder.

Zlnr.: GZ 02Z033355M

Österreichische Post AG
MZ GZ02Z033355M